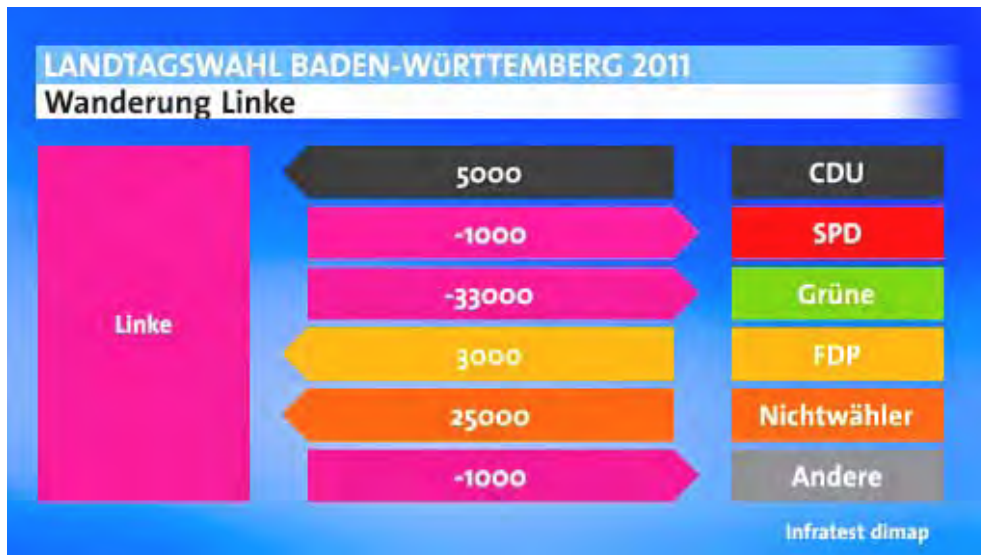


Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Baden-Württemberg wählt grün-rote Mehrheit in den Landtag, aber nicht die Linke – S. 4*
- *Im Schatten der Katastrophe: Merkels Wende – S. 6*
- *NRW: Komplizierte Debatte um kommunalen Finanzausgleich – S. 12*
- *IG Metall-Position zur Atomkraft und zur Energiepolitik – S. 16*
- *Drei Leseempfehlungen: Globalgeschichte aus islamischer Sicht • Streitschrift gegen antiislamische Glaubenskrieger • Geographie des Zorns – S. 18*

Ausgabe Nr. 4 am 7. April 2011, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Ein bürokratisches Monstrum!

rül. Das „Bildungs- und Teilhabepaket“ (BuT) von Bundesarbeitsministerin von der Leyen für Kinder und Jugendliche aus Familien, die Hartz-IV beziehen, ist seit 1. April in Kraft. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Ministerin ein bürokratisches Monstrum geschaffen hat. Zur Erinnerung: Am Anfang stand ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Regelsätze für Kinder aus Hartz-IV-Familienwiewermutlichauchalleanderen Hartz-IV-Regelsätze ungenügend für ein menschenwürdiges Minimum sind. Es folgte eine umstrittene „Neuberechnung“ der Regelsätze durch von der Ministerin eingesetzte Kommissionen mit dem Ergebnis einer minimalen Anhebung der Regelsätze. Das Ergebnis wird mit hoher Wahrscheinlichkeit erneut vor dem Verfassungsgericht zur Überprüfung landen. Bei Kindern hatte sich die Ministerin zusätzlich ein spezielles Verfahren ausgedacht. Statt die Regelsätze für Kinder aus armen Familien zu erhöhen und die kommunale Finanzausstattung zu verbessern, damit die Kommunen verbilligte Kita- und Schulesen und Ausflüge für Kinder und Jugendliche finanzieren können, wurde das „Bildungs- und Teilhabepaket“ ins Leben gerufen, bei dem finanziert aus Mitteln der Bundesregierung, die örtlichen Jobcenter und andere kommunale Behörden entscheiden, was den Kindern aus armen Familien angeblich gut tut. Das Ergebnis ist ein bürokratisches Monstrum mit jeder Menge neuer Planstellen. In Berlin z.B. müssen Leistungen aus dem BuT alternativ bei Jobcentern, Wohngeldstellen, Sozialämtern oder der Zentralen Leistungsstelle für Anspruchsberechtigte aus dem Asylbewerberleistungsgesetz beantragt werden. Diese Stellen leiten die Anträge dann an Jugendämter, Schulaufsicht usw. weiter. Von dort kommen die Anträge zur „Begutachtung“ zu den Lehrern, Kita-Beschäftigten usw. Die entscheiden damit indirekt, ob die Kinder z.B. Geld für eintägige Tagesausflüge benötigen, für warme Mittagessen an der Schule oder Kita, für Nachhilfe oder Sport- bzw. Musikunterricht. Mit dem Votum der Lehrer, Kita-Beschäftigten usw. versehen wandern die Anträge dann zurück an den Leistungsgeber, der den Antrag entscheidet. In Berlin brach prompt Streit aus, ob das Land, die Agentur für Arbeit oder die Jobcenter die 130 neuen Stellen bezahlen soll, die für diese Prozedur geschaffen werden. Ministerin von der Leyen dürfte damit ein Paket geschaffen haben, das vielleicht einzelnen Kindern im Ergebnis nützt, dessen „Bürokratiekosten“ aber unschlagbar hoch sind.

EU-Ausschuss verabschiedet Plattform gegen Armut

<http://www.cor.europa.eu>, 1.4., hav. Der Ausschuss der Regionen, die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der EU teilt in einer Presseerklärung mit:

„Europa kann sein hochgestecktes Ziel, 20 Millionen Menschen aus der Armut zu befreien, nur dann erreichen, wenn die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eine Schlüsselrolle bei der Erarbeitung der nationalen Reformprogramme spielen und die EU bereit ist, die Bemühungen der nationalen, regionalen und lokalen Behörden beginnend mit der Bereitstellung ausreichender Mittel über den Europäischen Sozialfonds zu unterstützen. Dies ist die Hauptbotschaft der Stellungnahme zu der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung, die der Ausschuss der Regionen (AdR) am 1. April 2011 auf seiner Plenartagung in Brüssel verabschiedet hat.“

Zu Recht weist der AdR daraufhin, „dass es nicht möglich sein wird, Armut und soziale Ausgrenzung nachhaltig zu verringern und integratives Wachstum zu schaffen, ohne auch das Problem der Ungleichheit anzugehen. Die in den Jahren 2000–2008 verzeichneten hohen Zuwachsraten bei Wirtschaftswachstum und Beschäftigung haben die Armutssituation nämlich nicht relevant gebessert; vielmehr haben die sozialen Unterschiede in vielen Ländern noch zugenommen, und durch die Auswirkungen der derzeitigen Sozial- und Wirtschaftskrise hat sich die Situation weiter verschlechtert.“ In der „Plattform“ werden noch weitere Forderungen z.B. zu Mindestlöhnen, Bekämpfung der Kinderarmut und zur Verbesserung weiterer Sozialstandards erhoben, die es sich lohnt, anzuschauen. Der Ausschuss der Regionen ist die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der EU. Seine 344 Mitglieder aus allen 27 EU-Mitgliedsstaaten haben den Auftrag, die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften und die durch sie vertretene Bevölkerung in den Beschlussfassungsprozess der EU einzubinden und sie über die EU-Politik zu informieren.

Gleiche Rechte für ausländische Arbeitnehmer

hav. Das Europäische Parlament hat die erste Lesung zur „Single-Permit Richtlinie“ abgeschlossen. Ziel der vorgeschlagenen Richtlinie ist es, die Verwaltungsverfahren für Migranten, die in der EU leben und arbeiten wollen, zu vereinheitlichen. Sie soll ein einheitliches Antragsverfahren für

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

eine kombinierte Erlaubnis („Single Permit“) für Drittstaatsangehörige zum Aufenthalt und zur Arbeit im Gebiet eines Mitgliedstaates schaffen. Die Änderungen sehen vor, Nicht-EU-Arbeitnehmern alle den EU-Staatsangehörigen entsprechende Rechte in Bezug auf Bezahlung, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Arbeitszeit und Urlaub zu gewähren. Im Vorfeld der Abstimmung kritisierte der DGB, dass nicht alle ArbeitnehmerInnen aus Drittstaaten unter die Richtlinie fallen. So sollen insbesondere Saisonarbeitnehmer und konzernintern entsandte ArbeitnehmerInnen nicht unter den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen. Hierdurch bestehe die Gefahr der Schaffung eines Mehrklassenarbeitsmarktes. Dazu erklärte die Abgeordnete der Linken im EU-Parlament Cornelia Ernst: „Die Richtlinie ermöglicht ungleiche Behandlung der europäischen und außereuropäischen Arbeitskräfte, abhängig davon, ob sie ‚illegale‘ Zuwanderer, saisonale Arbeitskräfte, Studenten oder Ortsansässige sind. Das hat direkte Konkurrenz und Jobunsicherheit zur Folge.“ (Quelle: *Straßburg aktuell, Newsletter des DGB; PM Die Linke im Europaparlament*)

EU-Verkehrsfahrplan 2050

In einer Pressemitteilung der EU-Kommission vom 28. März heißt es: „Die Europäische Kommission hat heute eine umfassende Strategie (Verkehr 2050) für ein wettbewerbsfähiges Verkehrssystem verabschiedet, die die Mobilität verbessern, wesentliche Hindernisse in Schlüsselbereichen beseitigen und zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen wird. Zugleich dienen die Vorschläge dazu, Europas Abhängigkeit von den Öleinfuhren drastisch zu verringern und die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen bis 2050 um 60 % zu senken. Zur Erreichung dieser Ziele muss das gegenwärtige Verkehrssystem in Europa umgestaltet werden. Zu den wichtigsten Zielen für 2050 gehören:

- Keine mit konventionellem Kraftstoff betriebene Pkw mehr in den Städten.
- Erreichung eines 40%-Anteils CO₂-emissionsarmer nachhaltiger Flugkraftstoffe, Verringerung der CO₂-Emissionen von Schiffen um mindestens 40 %.
- Verlagerung von 50 % des Personen- und Güterverkehrs über mittlere Entfernungen zwischen Städten auf Eisenbahn und Schiffe.
- Dadurch Senkung der verkehrsbedingten Emissionen bis Mitte des Jahrhunderts um 60 %.

Der für Verkehr zuständige Vizepräsident Siim Kallas erklärte dazu: „Verkehr 2050 ist ein Fahrplan zu einem

wettbewerbsfähigen Verkehrssektor, der mehr Mobilität ermöglicht und Emissionen mindert. Wir können und müssen beides leisten. Die weit verbreitete Annahme, dass zur Bekämpfung des Klimawandels die Mobilität eingeschränkt werden muss, ist einfach nicht wahr. Wettbewerbsfähige Verkehrssysteme sind entscheidend für Europas weltweite Konkurrenzfähigkeit, für Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die tägliche Lebensqualität der Bürger. Die Einschränkung der Mobilität ist keine Option, ebenso wenig wie alles beim Alten zu belassen. Wir können die Abhängigkeit des Verkehrssystems vom Öl aufheben, ohne seine Effizienz zu opfern und die Mobilität einzuschränken, so dass sich rundherum nur Vorteile ergeben.“

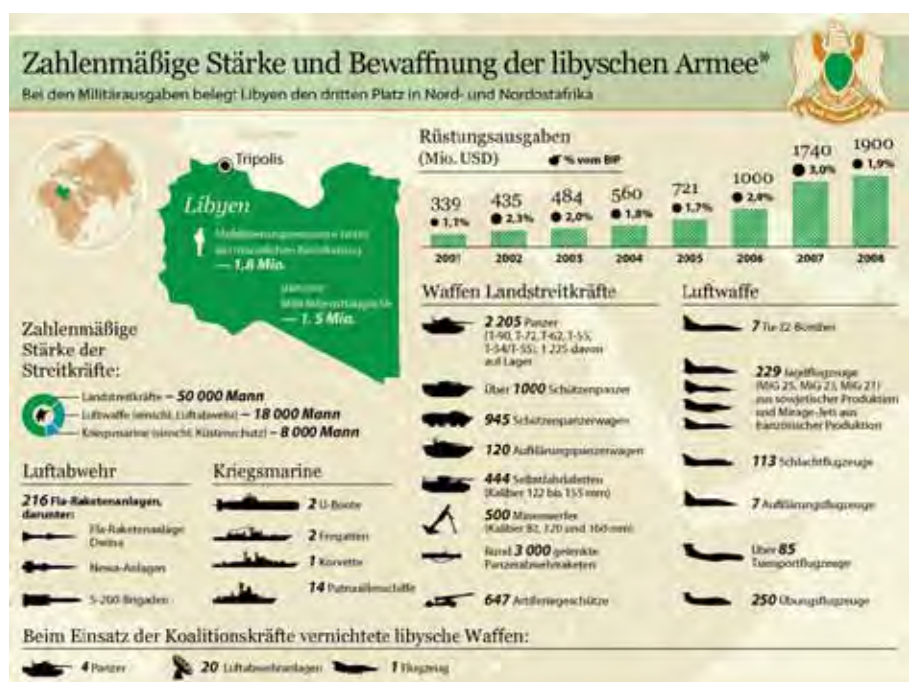
Zivile Entwicklung in Ägypten

maf. Am 20. März lag das Ergebnis vor: 71 Prozent der Abstimmenden Ägyptens befürworteten die im Auftrag des derzeit regierenden Militärrats von Juristen entworfenen Verfassungsänderungen, die dem Land des Weg aus einer De-facto-Militärdiktatur zu einem Verfassungsstaat ebnen können. In Ägypten besteht das Wahlrecht für Frauen bereits seit 1956. Beim Verfassungsreferendum lag die Wahlbeteiligung bei 40 % und 50 %. Im Herbst sollen allgemeine Wahlen stattfinden. Die Zeit, die zur Entwicklung eines Parteienwettbewerbs bleibt, ist knapp, aber nicht unangemessen. Offensichtlich erfährt Ägypten einen politischen Wandel. Aber erst die Entwicklungsziele, mit denen die entstehenden Parteien in den kommenden Monaten um die Zustimmung der Wählerinnen und Wähler werben, werden beurteilen las-

sen, ob die Hoffnungen auf eine zivile Entwicklung Bestand haben. Auch in Ägypten stand für Tage Spitz auf Knopf, ob die Demonstrationen, die auf Regierungsgewalt stießen und bei denen Opfer zu beklagen waren, in eine Aufstandsbewegung übergehen würden. Dies vermieden zu haben kann wohl als historisches Verdienst der Akteure gewürdigt werden.

Bürgerkrieg in Libyen

maf. Die Schrecken des Bürgerkriegs erleidet Libyen, und es ist noch nicht sicher, dass der Gipfel des Schreckens schon erreicht ist. Anders als in Ägypten und Tunesien waren in Libyen der politischen Revolte nicht breite soziale Bewegungen vorausgegangen, vielmehr ist der zivile Wirtschaftssektor neben der militarisierten Staatswirtschaft dafür auch zu unbedeutend. Gegenwärtig trägt der Krieg Züge eines Kampfes zwischen Regionen und ethnischen Gemeinschaften um die Macht. Es ist wohl sicher, dass Gaddafis waffenstarreres Regime der Oppositionsbewegung den Bürgerkrieg als Form der Auseinandersetzung geradezu aufgezwungen hat. Andererseits gibt es auch Zeichen dafür, dass von den Westmächten aus Unterstützungsversprechen an die Oppositionsbewegung gingen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist zu befürchten, dass die Oppositionsbewegung auf militärische Hilfe der Nato angewiesen bleibt und einen Nato-Brückenkopf an der nordafrikanischen Küste bildet. Eine solche Konstellation hätte verheerende Folgen für die Demokratiebewegungen der arabischen Welt, für die es nach der historischen Erfahrung des Kolonialismus kein höheres politisches Gut gibt als die Unabhängigkeit.



Quelle der Grafik: <http://de.rian.ru/infographiken/20110323/258650536.html>

Baden-Württemberg wählt grün-rote Mehrheit in den Landtag, aber nicht die Linke

Der Zusammenschluss der PDS/Linkspartei mit der WASG war mit der Erwartung verbunden, auf diesem Wege mit einem Schritt das politische Potential für den Einzug in die Landtage der alten BRD-Länder zusammenzuführen. Diese Strategie beruhte auf zwei auch in der Wählerschaft verbreiteten Annahmen. Die erste war, dass die Stimmenpotentiale von SPD und Grünen in der Regel nicht ausreichen würden, um die CDU und Liberale aus der Regierung zu drängen. Die zweite, damit eng verbundene, war, dass Stimmenzuwächse für die Linke letztlich eine sozialere Politik der anderen Parteien, vor allem der SPD, aber eben auch der Grünen und der Unionsparteien bewirken könnten. Andrea Nahles, Generalsekretärin der SPD, hat das in dieser Hinsicht relevante Ergebnis der Landtagswahlen im Süden noch am Wahlabend ausgesprochen: Die Linke werde nicht gebraucht. – Das Ergebnis von unter 3 Prozent verbunden mit grün-roten oder rot-grünen Mehrheiten schlägt auch auf das Konzept der lernenden Partei zurück. In der Auseinandersetzung mit dem politischen Stoff, der in den Parlamenten zu verarbeiten ist, sollte die Partei ein Ort werden, an dem Anforderungen aus den sozialen, kulturellen und ökologischen Bewegungen mit den politischen Möglichkeiten der parlamentarischen Demokratie zur Entwicklung tragfähiger Alternativen zusammenkommen können. – Zum Glück hat sich bei den Kommunalwahlen in Hessen ergeben, dass die Parteibildung in den westlichen Bundesländern nicht nur aus Vermutungen über die Wirkung von Abstimmungsergebnissen auf andere Parteien zustande gekommen ist. Die Linke konnte in den Kommunalvertretungen in Hessen ihre Ergebnisse festigen. Das spricht dafür, dass an den Orten Arbeitsbeziehungen zwischen sozial und politisch engagierten Kräften entstanden, auf die die Bürgerinnen und Bürger nicht verzichten wollen. Allerdings gibt es in Hessen auch eine Landtagsfraktion, es wäre möglich, dass diese Tatsache das Kommunalwahlergebnis positiv beeinflusst hat. – Für Baden-Württemberg bleibt der Linkspartei gar keine andere Chance, als die Auseinandersetzung mit der Landespolitik von den Kommunen aus zu suchen, manches spricht dafür, dass gerade eine rot-grüne Landesregierung dafür reichlich Anhaltspunkte bietet. – Dieser Wahlabend wird die Linkspartei in allen möglichen Zusammenhängen beschäftigen, denn das Zeitfenster für die Zusammenführung eines linken Potentials ist nicht beliebig lange offen. Schon bei der Bundestagswahl spätestens 2013 werden die Wähler die Linke als eine Partei bewerten, die bereits etwas gelernt haben sollte. – Die Auswirkungen des Wahlergebnisses auf die Stabilität der schwarz-gelben Koalition sind derzeit nur personell erkennbar bei der FDP, über weiteren Folgen werden wir demnächst berichten.

Ein großes Unglück mit der Kernenergie in Japan hat in Baden-Württemberg dazu geführt, dass die Bürgerlichen überraschend abgewählt wurden und nach dem 11. Mai, wenn der neue Landtag erstmals tagt, vermutlich eine grün-rote Regierung antritt. Damit wird erstmals seit 58 Jahren die CDU

nicht mehr den Ministerpräsidenten stellen. Das Unglück im Kernkraftwerk Fukushima hat die Kriterien für die Beurteilung der Parteien in den Wählermeinungen geändert. Lagen in den Umfragen vor diesem Termin CDU und FDP, wenn auch knapp, vor SPD und Grünen, drehte sich das plötzlich,

und die Grünen landeten sogar vor der SPD.

Die jetzige Mehrheit ist also gewählt worden, weil ein dramatisches Ereignis bei vielen Menschen das nicht so im Vordergrund stehende Thema, auf welche Art und Weise Energie erzeugt wird, wahlentscheidend gemacht hat. Wenn auch nicht weltweit, so hat jedenfalls in Deutschland der Unfall in Fukushima bei allen Parteien die Meinung zur Kernenergie geändert, auch bei der Union und der FDP. Aber die Wende bei diesen Parteien, die erst vor kurzem noch längere Laufzeiten gegen einigen Widerstand durchgesetzt hatten, erscheint vielen Wählern nicht glaubhaft.

Die Wahlgewinner haben damit ein erstes Problem: sie wurden wegen eines Themas gewählt, was abrupt bei vielen nach vorne gerückt ist, aber dadurch wurden die anderen Themen in der Programmatik von Grün-Rot keineswegs mehrheitsfähig. Darauf verweisen zahlreiche Kommentatoren. So schreibt zum Beispiel Barbara Thurner-Fromm in der „Stuttgarter Zeitung“: „Wenn großartige Versprechungen – mehr und bessere Kitas, zusätzliche Lehrer, gebührenfreie Hochschulen – mit ungedeckten Schecks bezahlt werden sollen, werden das die Baden-Württemberger nicht goutieren. An sparsames Wirtschaften gewohnt, verlangen sie dies auch von den Neuen. Und wer glaubt, er kann die Schulen revolutionär umbauen, fällt so hart auf die Nase wie Schwarz-Grün in Hamburg.“ (StZ, 29.3.). Es sollte auch nicht übersehen werden, dass in über 90 Prozent der Wahlkreise die CDU weiterhin die stärkste Partei ist.

Stresstest Stuttgart 21

Grüne und SPD haben noch eine weitere schwierige Herausforderung vor sich. Bei Stuttgart 21 hat die Mehrheit der Wähler Parteien gewählt, die das Projekt realisieren wollen. Die vor der Wahl von Grünen und SPD gefundene Sprachregelung „Volksentscheid und dann sehen wir weiter“, kommt in einen Praxistest. Der als Ministerpräsident gehandelte Winfried Kretschmann setzt auf den bei der Geißler-Schlichtung ausgehandelten Fahrplan-Stresstest, der mache dann vielleicht auch einen Volksentscheid überflüssig. Die SPD will weiter einen Volksentscheid, auch wenn klar ist, dass er rechtlich äußerst umstritten bleibt, und hofft dabei auf eine Entscheidung für den Weiterbau. Die Grünen können die Bewegung gegen

Volksentscheid – ohne CDU geht nicht viel

Ein großes Versprechen sowohl von den Grünen auch der SPD an die Wähler ist die stärkere direkte Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen. Dieses Versprechen lässt sich allerdings nicht so leicht verwirklichen. Beim Volksentscheid zum Thema Stuttgart 21 steht – so lautete wenigstens ein Rechtsgutachten, erstellt von dem ehemaligen Verfassungsrichter Kirchhoff – entgegen, dass der Abstimmungsgegenstand gar keine Landessache ist, denn der Bau von Eisenbahntrassen liegt in der Zuständigkeit des Bundes.

Auch das Versprechen, generell Volksentscheide zu erleichtern, ist nicht einfach umzusetzen. Es existieren sehr hohe Quoren: für die Einreichungen eines Volksentscheids sind

ein Sechstel der Wahlberechtigten nötig, was noch nie erreicht wurde. Das Quorum, das bei einer Abstimmung erreicht werden muss, liegt bei einem Drittel der Stimmberechtigten.

Beide Quoren stehen in der Landesverfassung und können daher nur mit Zweidrittelmehrheit des Landtags geändert werden, also nicht ohne CDU. Der in Bayern eingeschlagene Weg, dass der Volksentscheid per Volksentscheid erleichtert wird, ist kaum leichter: Es müssten dann 50% der Stimmberechtigten zustimmen.

Ohne Verständigung mit der CDU wird nichts gehen, aber vielleicht findet die Union als starke Oppositionspartei auch noch Geschmack an direkter Demokratie. Kommunalpolitisch hat sie das zum Teil schon getan.

Stuttgart 21, nicht einfach „abschalten“, es sind Wählerinnen und Wähler, die ihnen dort drei Direktmandate verschafften. Die Streitigkeiten im Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21, wie sie derzeit über die Presse ausgetragen werden, deuten an, dass der wahre Stresstest nicht bei der Simulation des Fahrplans entsteht. Die Grünen werden auf jeden Fall einen erheblichen Teil ihrer Wählerinnen und Wähler enttäuschen müssen. Selbst für den Fall, dass die Bahn AG ihren jetzt ausgesprochenen vorläufigen Baustopp zu einem endgültigen macht, steht Grün-Rot mächtiger Ärger ins Haus: Neben Schadensersatzzahlungen ist dann eine wirkliche Alternativplanung fällig, und die wird die viel beklagte Spaltung der Stadtgesellschaft erneut aufleben lassen.

Überraschend gibt es noch eine Baustelle, für die weitgehend die Pläne fehlen. Man hätte eigentlich gedacht, dass vor allem die Grünen bei ihrem Kernthema, dem Atomausstieg, ganz detailliert wissen, was nacheinander kommen soll. Das erste, was nach der Wahl in dieser Hinsicht angekündigt wurde, war eine Neubesetzung der Aufsichtsräte im landeseigenen Energieunternehmen – Postengeschachere war ein der abgewählten Regierung gern gemachter Vorwurf. Aber vielleicht gibt es im Wahlprogramm was Habhafteres zur „Energiewende“? Die Suche enttäuscht: Verlangt wird vor allem was von anderen: Die „Atomindustrie“ und die Bundesregierung sollen „sofort abschalten“. Jetzt hat sich die Lage aber geändert: Das Land ist selber die „Atomindustrie“. Durch die Aktion der Vorgängerregierung ist es Miteigentümer der Energie Baden-Württemberg (EnBW) und damit der baden-württembergischen Kernkraftwerke. Die übrigen Aktionäre sind im Wesentlichen die oberschwäbischen Landkreise, so dass jetzt die öffentliche Hand in Baden-Württemberg tatsächlich entscheiden kann, wie und in welchen Zeiträumen der Ausstieg zu organisieren ist. Im Wahlprogramm der Grünen findet sich hierzu nichts, außer der sofortigen Abschaltung von Neckarwestheim I (den die EnBW schon vorläufig abgeschaltet hat und von dem das Unternehmen sagt, es lohne sich vermutlich gar nicht mehr, ihn wieder in Betrieb zu nehmen). Philippsburg I soll nach dem Programm der Grünen 2012 abgeschaltet werden, auch dieses Kraftwerk ist derzeit außer Betrieb und vermutlich kann die EnBW ohne größere wirtschaftliche Einbußen auch hier endgültig verzichten. Aber was soll sonst aus der EnBW und ihren Kernkraftwerken wer-

den? Wie kann der Rückbau finanziert werden, wenn die vorgeschriebenen Rücklagen nicht reichen, weil die einkalkulierten Erlöse aus diesen Kraftwerken nicht mehr kommen? Wie hoch dürfen die Strompreise für Industrie und Privathaushalte steigen? Die SPD bleibt genauso vage, sie nennt in ihrem sogenannten „Regierungsprogramm“ als Zielpunkt 2022 für die Abschaltung aller Kernkraftwerke in Baden-Württemberg und fordert wie die Grünen nur die sofortige Stilllegung von Neckarwestheim I und Philippsburg I.

Es fehlen also mindestens zwei Generalpläne für die Arbeit der neuen Landtagsmehrheit. Neben einem Plan für den Schienenverkehr ist das der Plan, wie der Umbau der Energiewirtschaft vor sich gehen soll. Wo müssen neue Stromleitungen hin, wo können neue Stromspeicher (Pumpspeicherwerke) gebaut werden – bekannt ist bisher nur, wo die Grünen es nicht haben wollen. Wie sieht das Verhältnis von Landesunternehmen EnBW und Stadtwerken aus – wer dazu etwas in den Wahlprogrammen sucht: Fehlzeige. Die künftigen Regierungsparteien haben Programme vor der Wahl verabschiedet mit härtester Kritik an der Regierung, so als ob sie selber nicht daran glaubten, dass sie selber das je verantwortlich organisieren müssen. Das kann geweckte Erwartungen nur enttäuschen.

Ein harter Schlag für Die Linke

Ein sehr herber Schlag war das Wahlergebnis für die Linkspartei. Drei Prozent in Rheinland-Pfalz und 2,8 Prozent in Baden-Württemberg, das hat den bisherigen Durchmarsch in die Landesparlamente in den westlichen Bundesländern gestoppt. In Baden-Württemberg erhielt die Linke jetzt landesweit 139606 Stimmen (2,8%), das ist gegenüber der Bundestagswahl mit 389637 Zweitstimmen (7,2%) ein enormer Einbruch. Prozentual liegt das Ergebnis noch unter dem der WASG, die 2006 zum Landtag kandidiert hatte und damals 3,1% (absolut: 121753) erhielt. Ein erster Blick auf die Wahlkreis- und Stadtteilergebnisse deutet an, dass die Linke stark an Integrationskraft gegenüber ihrem Wählerzusammenhang verloren hat. Nur noch in einem einzi-

gen Wahlkreis konnte ein Ergebnis über 5% erzielt werden (5,8% in Mannheim Nord, ein Stadtgebiet mit relativ hoher Dauerarbeitslosigkeit).

Die Wählerschichten integrierende Kraft, die mit der WASG in die Partei Die Linke kam, hat nicht mehr gewirkt. Die Mischung aus einer Politik als verlängerter Arm der Gewerkschaften und radikale Vertretung der Interessen von Ausgegrenzten und Armen funktionierte, solange damit angesichts von Wirtschafts- und Finanzkrise Ängste und Befürchtungen vieler angesprochen, aufgegriffen und gegen die SPD gewendet wurden. Jetzt hat die Linke zahlreiche dieser Wähler verloren, und die SPD hat sie nicht wieder gewonnen.

Die Linke hat im Wahlkampf versucht, dieses Modell Konkurrenz gegen die SPD als Konkurrenz gegen die Grünen zu übertragen und Profil zu gewinnen als radikalste Gegner von Mappus, Stuttgart 21 und als Befürworter eines noch schnelleren Ausstiegs aus der Kernenergie. Das klappte nicht. Auch die sehr vielen Auftritte der Parteispitzen Oskar Lafontaine, Gregor Gysi, Klaus Ernst und Gesine Löttsch lösten nicht mehr den einst vorhandenen Zuspruch aus, auch wenn die Veranstaltungen gut besucht waren.

Die Linkspartei muss sich neu orientieren, überflüssig ist sie nicht

Fast vergessen im Blickpunkt der bundesweiten medialen Öffentlichkeit fanden ebenfalls am letzten Sonntag im März die Kommunalwahlen in Hessen statt. Die Linke konnte dort ihre Position leicht verbessern. Die Linke und Zusammenschlüsse mit Beteiligung der Linkspartei haben von 3,1 auf 3,3 Prozent landesweit zugelegt; dabei sind Einzelergebnisse wie in Frankfurt, wo die Linke auch diesmal jeweils wieder 5,4% erhielt, Hanau mit 5,3% (+0,1%) oder Offenbach mit 5,5% (+0,2%) und Darmstadt, wo die Linke um 1,8 Prozent zulegte auf jetzt 3,9% und mit drei Sitzen im Rat vertreten ist. (Ergebnisse unter wahl.hr-online.de)

In den hessischen Kommunalparlamenten sind die verschiedensten Strömungen der Linken tätig und die linken Stadt-, Gemeinde- und Kreisträte sind als kleine Opposition oft nicht in der Lage, viel durchzusetzen.

Was sie aber alle eint: Sie haben ein offenes Ohr für soziale Interessen, für Demokratie und Menschenwürde auch für jene Menschen, die sonst ausgegrenzt und missachtet werden. Sie bringen diese Interessen zur Sprache. Damit hat der demokratische Sozialismus, wie ihn die Linke vertritt, seinen Platz im Parteiengefüge, und deckt ab, was bei SPD und Grünen im Sozialen und bei der Demokratie fehlt.

Alfred Küstler



Merks Wende

Punkt 1: Geänderte Wahrscheinlichkeiten

Am Freitag wurde der Norden Japans von einem schwersten Erdbeben getroffen, der wenige Minuten später eintreffende Tsunami erreichte Spitzenhöhen von fast 40 Metern. Die Kernkraftwerke gingen in die Notabschaltung. In der Kraftwerksanlage Fukushima zerstörte die Flutwelle die Notstromaggregate. Das Notkühlssystem konnte nicht in Betrieb genommen werden. Fukushima geriet in einen labilen und unkontrollierten Zustand. Die Maßnahmen von Betreiber und Regierung konzentrierten sich darauf, den Verlauf des Unglücks abzumildern. So ist es trotz einsetzender Kernschmelze und unkontrollierten Kettenreaktionen zu einer explosiven Freisetzung radioaktiven Materials nicht gekommen, und es besteht Hoffnung, dass das auch nicht geschieht. Allerdings sind die Barrieren zwischen System und Umwelt zerstört, die Anlage leckt, die Verstrahlung von Land und Meer zieht im-

mer noch weitere Kreise. In Japan wird inzwischen die Ummantelung eines oder mehrerer Kraftwerksblöcke erörtert. Unklar ist jedoch, wie verhindert werden kann, dass radioaktives Material weiter ins Grundwasser eingetragen wird. Die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung des Unglücks wirken improvisiert. Die Kraftwerksindustrie hat Mittel zur Eindämmung solcher Katastrophen offensichtlich nicht vorsorglich entwickelt oder bereitgestellt.

Für die deutsche Bundesregierung veränderte die japanische Kraftwerks-havarie die Datenlage in mehreren Punkten. Schnell stellte sich heraus, dass es zu dem Unglück streng genommen nicht wegen Erdbeben und Tsunami gekommen war, sondern wegen des Ausfalls der Notkühlssysteme, die auch bei den Reaktoren in der BRD so stehen, dass sie durch äußere Einflüsse getroffen werden können. Damit konnte der Vorfälle nicht aus den deutschen Risiken herausgerechnet werden. Ohnehin werden die Wahrscheinlichkeitsrechnungen auf empi-

rischen Daten berechnet, so dass der Vorfall sich in allen Kalkulationen niederschlägt (siehe Kasten). Drittens gehören zum Betrieb eines Kernkraftwerks nicht nur die Physik und die Technik, sondern auch Finanzierung und von politischen Instanzen erteilte Genehmigungen zum Betrieb. Wenn auch zwischen den Wählern und dem Kraftwerksbetrieb Koalitionsverhandlungen, Regierungsbildungen, Regierungsentscheidungen und gerichtliche Prüfungen stehen, die Akzeptanz des Wirtschaftszweiges durch eine Mehrheit bildet eine entscheidende Voraussetzung des Betriebs, und diese Zustimmung war in Deutschland weggefallen, nachdem die kontrollierte Notabschaltung Fukushimas misslungen war.

Die Wahrscheinlichkeitsrechnungen, auf denen große Technologie errichtet wird, hatten sich also in (mindestens) drei Punkten verschoben: Offenbare Anfälligkeit der Notkühlssysteme für Einflüsse „von außen“. Zunahme der generellen Wahrscheinlichkeit großer

Infokasten: Risikoabschätzung, wie geht das und was ändert sich durch Fukushima?

In einem Aufsatz in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* haben die beiden Statistiker Göran Kauermann und Helmut Küchenhoff vereinfacht und damit verständlich dargelegt, wie die Risikoabschätzung bezüglich einer schweren Störung bei Kernreaktoren jetzt neu bewertet werden kann. (1)

In der Vergangenheit ging man aufgrund von gemeldeten Störungen und Schätzung von Wahrscheinlichkeiten davon aus, dass pro Kernkraftwerk alle 250 000 Jahre mit einem schwersten Unfall zu rechnen sei, das war auch Grundlage für die Arbeit der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit.

Die Schwierigkeit dabei, so die beiden Statistikprofessoren, liegt darin, dass nicht alle Szenarien bei der Kalkulation berücksichtigt worden sind, es war nicht damit gerechnet worden, dass wie jetzt in Japan zwei Ereignisse wie Erdbeben und Tsunami in unvorhergesehener Stärke gleichzeitig auftreten. Die Professoren meinen nicht, dass damit das Abschätzungsverfahren über den Haufen geworfen werden solle, nur könne man jetzt genauer angeben, was eine mögliche Schwankungsbreite der Aussagen ausmache und damit zu einer neuen Risikobewertung kommen.

Sie rechnen so: Derzeit gibt es weltweit 442 Kernreaktoren. In den letzten dreißig Jahren ist deren Zahl annähernd konstant geblieben. In dieser Zeit kam es zu zwei katastrophalen Zwischenfällen: Tschernobyl und Fukushima. Daraus ergäbe sich als Risiko für einen Totalausfall eines Reaktors der Wert von rund 1,5 zu 10 000 (zwei Unfälle geteilt durch dreißig Jahre geteilt durch 442 Kernreaktoren). Umgerechnet heißt das, dass im Mittel je Reaktor alle 6667 Jahre mit einem nuklearen Unfall zu rechnen ist, das ist um den Faktor 40 größer als die bisherige Berechnung durch die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit.

Nach einer Abschätzung, welche Schwankungsbreite die Zahlen haben, kommen die Autoren zu dem Schluss, dass im ungünstigsten Fall mit einem Unfall alle 1800 Jahre pro Kraftwerk zu rechnen sei, was für die 17 Kernkraftwerke in Deutschland bedeuten würde, dass „wir mit etwa neun Prozent Wahrscheinlichkeit einen Unfall in den kommenden zehn Jahren“ erleben werden.

Die Autoren stellen noch ein Gedankenexperiment an, in dem sie Kernreaktoren mit Flugzeugen vergleichen. Beides sind komplexe technische Systeme, bei denen es durch Benutzerfeh-

ler oder externe Einflüsse zum Unfall kommen kann. Angenommen, so das Gedankenexperiment, es gäbe weltweit genauso viele Kernreaktoren wie Flugzeuge, nämlich 15 000, dann hätte es in den letzten dreißig Jahren nicht zwei Unfälle gegeben, sondern sechzig (zwei pro Jahr). Die tatsächliche Zahl von Abstürzen von kommerziellen Flugzeugen lag aber bei etwas mehr als zwanzig pro Jahr. Das heißt ein Reaktor ist nur etwa um den Faktor zehn sicherer als ein Flugzeug.

Die Schlussfolgerung von Kauermann und Küchenhoff: „Nun kann jede und jeder frei entscheiden, ob sie oder er eine Flugreise antritt, spricht sich dem Risiko aussetzt oder nicht. Dem Risiko der Kernkraftwerke sind wir aber alle ausgesetzt, rund um die Uhr, ob wir es wollen oder nicht. Wir sollten das Risiko aber zumindest kennen und richtig beurteilen können und verstehen, dass es bedeutend höher ist, als theoretische Berechnungen ergeben. Es ist zu hoffen, dass wir aus dieser Erkenntnis Lehren und Konsequenzen ziehen.“

(1) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.3.2011. Göran Kauermann ist Professor für Statistik an der Universität Bielefeld und Vorsitzender der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Statistik. Helmut Küchenhoff ist Professor für Statistik an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Störfälle. Wahrscheinlich Verlust der politischen Grundlagen für den Betrieb in Wahlentscheidungen.

Punkt 2: Deutsche Möglichkeiten ...

Heute, vier Wochen nach dem Eintreten der Fukushima-Havarie, zeichnet sich ab, dass die Industriestaaten weltweit nicht von der Nutzung der Kernkraft abrücken werden, während Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland diesen Weg beschreiten wollen. Investitionen, die in den anderen Ländern in die Kernkraft getätigt werden, reichen Jahrzehnte in die Zukunft. Unter politischen, ökonomischen und biografischen Gesichtspunkte ist das so gut wie eine Ewigkeit. In einer Zeit, die durch das Entstehen weltweiter Kommunikation geprägt ist, wird also in der Mitte Europa ein Antagonismus von Kernkraft Ja/Nein, von Ausbauen/Ab-schalten bestehen. Insbesondere weil nahe Nachbarn wie Frankreich, die Schweiz, Tschechien, Polen usw. an der Kernkraftnutzung festhalten, unmittelbare Auswirkungen von Reaktor-havarien also auch auf das Gebiet der BRD übergreifen würden usw., können politisch schwer belastende Spannungen entstehen, zumal einige Reaktoren in Gegenden stehen, die Deutschland in der jüngeren Geschichte als Bestandteil des Reichs an sich gezogen hatte. Wahrscheinlich kann diese politisch hoch gefährliche Gemengelage entschärft werden, denn jedes deutsche Ausstiegsszenario wird zur Gewährleistung von Versorgung und vor allem von Netzstabilität grenzüberschreitenden Stromhandel einplanen. So hat z.B. bereits das Moratorium zum An-wachsen der Importe aus Frankreich und Tschechien geführt. Es ist ein großes Glück, dass in Baden-Württemberg eine Regierung unter politischer Regie der Grünen ein konkretes Ausstiegs-szenario entwerfen muss.

... technologische Chance ...

Die Bundesrepublik Deutschland nimmt ihren Platz in der internationalen Arbeitsteilung als Lieferant von Investitionsgütern und Industrieaus-rüstungen ein. Bekanntlich hatte sich die deutsche Industrie auf der Basis von Kohle und Stahl entwickelt. Von dieser Grundlage hat sich die hiesige Industrie, begünstigt durch europä-ische und internationale Arbeitsteilung, weitgehend lösen können. Dabei hat zweifellos die Kernkrafttechnologie eine bedeutende Rolle gespielt. Sie kann aber durch Importe und durch neue Technologien abgelöst werden. Eine kräftige Subventionierung von Windkraft, Solarenergie und Methoden der Energiespeicherung verschaffen diesen relativ teuren Produktions-methoden einen inneren Markt, die Versorgung dieses inneren Marktes treibt die Weiterentwicklung der Tech-

Infokasten: Risikoabwägung, eine Wissenschaft

Der Risikoforscher Ortwin Renn, genauer Professor für Umwelt- und Techniksoziologie an der Universität Stuttgart, ist Mitglied in der Ethik-kommission der Bundesregierung, die eine neue Risikoabwägung für die Nutzung der Kernenergie diskutieren soll. Ortwin Renn ist nicht bloß Theo-retiker, sondern berät schon länger zum Beispiel Energieunternehmen, die Offshore-Windparks errichten.

Er war in der letzten Zeit ein viel gefragter Mann, wir stellen einige Aussagen aus Interviews im Deutsch-landradio, Deutschlandfunk und ei-nem Interview mit den „Stuttgarter Nachrichten“ zusammen. (1)

Auf die Frage zum Verhältnis Ri-sikoforscher und Politiker antwortet Renn: „Wir Risikoforscher können nur sagen, was man tun muss, um bei-spielsweise ein Kernkraftwerk aus-zulegen gegen eine bestimmte Höhe des Risikos, also beispielsweise ein Erdbeben der Stärke acht oder neun.“ Aber ein Risiko völlig ausschließen, das ginge nicht, gegen einen Mete-oritenfall ließe sich kein Kraftwerk absichern. Es ist immer ein Fall denk-bar, zwar unwahrscheinlich, in dem, es zur Katastrophe kommt, die man zwar verhindern wolle, aber die man nicht ausschließen könne. Und dann kommt es zur Abwägung, bei der die Risikoforscher wieder helfen können. „Das ist wie bei einem Arzneimit-tel, wo ich immer Nebenwirkungen habe.“ In der politischen Diskussion müsse dann festgehalten werden, das Risiko akzeptieren wir noch und das akzeptieren wird nicht.

In der Abwägung der verschiedenen Arten der Energieerzeugung meint

der Risikoforscher Ortwin Renn: „Wenn ich mich persönlich entschei-den müsste zwischen Kernenergie und Kohle, dann würde ich mich eher für die Kernenergie entscheiden – al-lein der Risiken wegen.“ Er verweist auf die hohe Zahl von Toten beim Kohleabbau, weltweit 8000 Men-schen pro Jahr. Außerdem würden beim Verbrennen Kohle Schadstoffe in die Luft geblasen (auch radioakti-ve). Dazu komme die Belastung fürs Klima. Der Vergleich Kohle gegen Kernkraft ginge auch nach Japan zu-gunsten der Kernkraft aus.

In Bezug auf seine Tätigkeit in der Ethikkommission meint Renn: „Mir ist ganz wichtig, dass wir, wenn wir jetzt ein neues Energiekonzept auf-stellen, nicht den Teufel mit dem Beel-zebub austreiben.“ Kraftwerke ab-schalten und stattdessen Atomstrom aus Frankreich oder Tschechien im-portieren, das wäre „wirklich Au-genwischerei“. Grundsätzlich halte er den Ausstieg für Deutschland für richtig, „weil wir die wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten und die technischen Alternativen dazu haben“. Ob das für andere Länder sinnvoll ist, möchte er sich zurück-halten.

Auf die Frage, wie schnell ein Aus-stieg machbar wäre, antwortet Renn: Kernenergie bestimmt in den nächs-ten zehn Jahren; wenn aber auch noch die 42 Prozent Kohle ersetzt werden sollen, wird das ganz schwierig.

(1) Deutschlandradio, Radiofeuilleton, 14.3. im Gespräch mit Ulrike Timm; Deutschlandfunk, Kulturfragen, 20.3., 17.05 Uhr im Gespräch mit Karin Fischer; Stuttgarter Nachrichten, 4.4., Interview mit Rainer Wehaus.

nologie an, und weil überall anerkannt werden muss, dass Kosten und Risiken der Kernkraftwerke höher taxiert wer-den müssen, entwickelt sich auch die weltweite Nachfrage vorteilhaft. Dazu kommt, dass Deutschland mit Rus-sland und den GUS-Nachfolgestaaten langfristig mit Energieimport und Export von Industrieausrüstungen ins Geschäft kommen kann. Diesem Be-trieb haben sich bekanntlich die beiden Exponenten der früheren rot-grünen Regierung verschrieben. Schröder half die Ostsee-Erdgaspipeline politisch durchsetzen, die Gas aus Sibirien nach Nordostdeutschland pumpt, Fischer ist mit der Nabucco-Pipeline beschäftigt, die den Stoff auf einer Südroute vom Kaspischen Meer hierher bringt, End-punkt Bayern / Baden-Württemberg.

... eine spezifische Finanzierung

Wirtschaftlich bedeutet die breite po-litische Ablehnung der Kernkraft eine Legitimation der Finanzierung von Umstellungskosten. Gerade weil die

Abkehr von der Kernkraftnutzung zi-vilgesellschaftlich breit getragen wird, lässt sich daraus eine Bereitschaft der privaten Haushalte ablesen, zur Fin-anzierung beizutragen. Das schafft finan-ziell günstige Rahmenbedingungen für die Finanzierung neuer Technolo-gien in der Energieproduktion, bei der Energieverteilung und bei der Erspar-nis, mit denen die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt punkten kann.

Weil die Bundesrepublik Deutsch-land im Gefüge der internationalen Arbeitsteilung einen solchen Pfad einschlagen kann, steht den Risiken der Kernkraftwerkstechnologie eine Chance entgegen, und ein Ereignis, das die Risikoabwägungen beeinflusst, kann die in Deutschland schon lan-ge strittige Gewichtung der Pro- und Kontra-Punkte auf die Seite des Kon-tras verschieben (siehe Kasten).

Fazit:

Der Parteien, ideologische Richtungen und soziale Schichtungen umgreifende

Ausstiegskonsens hat eine spezifische Grundlage in der Position der deutschen Wirtschaft, die auf den Weltmärkten als Anbieter von Investitionsgütern auftritt und im geografischen Umfeld Energie aus verschiedenen Quellen zukaufen kann. Die geänderten Risikolagen ermöglichen hier eine schwungvolle Finanzierung, und sie ermöglichen auch, die Bürgerinnen und Bürger in ihrem nahen Umfeld durch Einrichtungen wie Windräder und Energienetze zu belasten.

Punkt 3. Ethik?

Frau Merkel hat sich entschieden, die finanziellen und technischen Lasten, die mit der Umstellung einhergehen, nicht mit der ökonomischen Chance zu begründen, sondern im ethischen Zusammenhang. Zur Legitimation einer wirtschaftlichen, politischen, technologischen Entscheidung sollen also Grundwerte ins Feld geführt werden. Eine solche Unterfütterung einer deutschen Entscheidung gegen den Kraftwerksbau ist ein Fall von überschüssender Argumentation. Wenn aus weltweit, im Grunde von der ganzen Menschheit anerkannten Grundwerten und Grundsätzen abgeleitet werden kann, wird es unmöglich, mit dem Faktum fertig zu werden, dass die nahen und fernen Nachbarn diese Technologie einsetzen, von den tagtäglichen Lieferungen von sogenanntem Atomstrom ganz zu schweigen. Aus den frühesten Anfängen aufklärenden Denkens steht im Europa der Renaissance der Satz des Franziskanermönchs Ockham, man solle beim Argumentieren „die Entitäten nicht vermehren“. Trivial gesagt, der sollte sich nicht auf einen Schöpfergott berufen, der ein Geschäft mit Windrädern anzubieten hat. Es lassen sich dafür Gründe aus dieser Welt finden, und das heißt auch: Gründe, sich damit abzufinden, dass andere Leute in anderen Staaten andere Entscheidungen treffen. Es ist gut möglich, dass Frau Merkel den plakativen Namen eines Ethikrates gesucht hat, um dort vor allem eine abwägende Diskussion der Risiken und Nebenwirkungen zu verichten, die mit den verschiedenen Methoden der Energieerzeugung verbun-

den sind. Da die deutsche Diskussion in einem weltgesellschaftlichen Bezug steht, hat sie zu berücksichtigen, dass es in dieser Auseinandersetzung nicht um einen Konflikt zwischen Vernunft und Unvernunft, zwischen Gut und Böse geht, sondern um vernünftige Differenzen zwischen Vernünftigen, wobei die Entscheidung in der BRD anders ausgehen mag wie in der französischen Republik und in den USA, anders in Europa als in den Schwellenländern.

Ein wichtiger Punkt in der deutschen Diskussion

Zweifellos gibt es in der deutschen Diskussion eine Tendenz zur Ächtung der Kernkraftnutzung, die als Verbrechen an der Menschheit bewertet wird. Das führt zu politischen Folgerungen für den Umgang – zivilgesellschaftlich mit den Produkten, die unter Ausnutzung von Kernkraft entstehen, politisch mit Staaten, die den Betrieb von Kernkraftwerken erlauben.

Um die Problematik an einem geschichtlichen Beispiel deutlich zu machen. An der Wende zum 19-ten Jahrhundert wurde in der bürgerlichen Gesellschaft begriffen, dass die Produktion von Tabak, Zucker und Baumwolle durch Sklavenarbeit nicht mit der Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft zusammengeht. Die Ächtung der Sklaverei führte zu scharfen ethischen und politischen Kontroversen, die letztlich in den blutigen Bürgerkrieg der US-Nordstaaten gegen die Südstaaten mündeten. Heute führt die Kritik der Kinderarbeit zu der Forderung nach Boykott oder Importverboten solcher Produkte.

Eine scharfe politisch-moralische Differenz zwischen Atomstaaten und Nicht-Atomstaaten sollte die deutsche Diskussion nicht aufmachen. Die Auseinandersetzung mit der Anwendung von Kernkrafttechnologie sollte besser mit wettbewerblich Argumenten erfolgen, d.h. unter Begriffen wie „besser“ oder „schlechter“. Dies würde auch der Tatsache gerecht, dass der Ausstieg aus der Kernkrafttechnologie zeitlich langwierig ist, nicht von jetzt auf gleich erfolgen kann, nicht in Deutschland und auch nicht anderswo.

*Martin Fochler,
Alfred Küstler*



... und gesponsert von Vater Staat – Wahlwerbung der Grünen Baden-Württembergs

Kampagne gestartet

Ein Arbeitsgerichtsurteil hat in Großbritannien einer Kampagne für Praktikantenrechte Aufwind verschafft. Nicola Vetta hatte 2009 ein unbezahltes Praktikum für eine Filmfirma absolviert. Ein britisches Arbeitsgericht hielt das für ungesetzlich. Sie erhält jetzt nachträglich den gesetzlichen Mindestlohn für ihre Arbeit. Die Journalistengewerkschaft NUJ startete daraufhin die Kampagne „Geld zurück für Praktikanten“. Sie bietet allen, die in der Medienbranche ein unbezahltes Praktikum abgeleistet haben, finanzielle und rechtliche Unterstützung an, um ausstehende Löhne einzuklagen.

Quelle: <http://publik.verdi.de/2011/ausgabe-03>

Wortbruch vorgeworfen

Brasilien's Präsidentin Dilma Rousseff hat den Bruch mit den Gewerkschaften riskiert. Mitte Februar stimmte das Parlament für die umstrittene Anhebung des Mindestlohns für 2011 von 540 R\$ auf 545 R\$ (rund 242 €). Bis 2015 soll er jährlich neu ermittelt werden. Die Anpassung kann durch Präsidialverordnung erfolgen ohne erneute Abstimmung im Parlament. Dagegen haben die drei größten Oppositionsparteien vor dem Verfassungsgericht geklagt. Die Gewerkschaften hatten mindestens 580 R\$ gefordert. Sie werfen Rousseff Bruch ihrer Wahlkampfversprechen vor. Bei den Präsidentschaftswahlen hatten sie sich für Rousseff eingesetzt. Nach Regierungsangaben beziehen 47,7 Millionen Brasilianer den Mindestlohn.

<http://publik.verdi.de/2011/ausgabe-03>

Streit mit Kraft Foods Europe

Am 16. März verkündete Kraft Foods Europe, dass sie ihr European Business Centre in Madrid, Spanien, schließen und das operative Geschäft nach Bratislava, Slowakei, verlegen wolle. Der Umzug wird rund 70 Mitarbeiter/innen treffen. Die Entscheidung wurde in Spanien angekündigt, bevor dem Euro-Betriebsrat (EBR) irgendeine Information zur Verfügung gestellt wurde. Im Nachhinein wurde am folgenden Tag eine kurze Telekonferenz mit dem EBR-Lenkungsausschuss organisiert, diese brachte aber keine weiteren Informationen. Die Gewerkschaft Effat, vertreten durch Micha Heilmann von der NGG, unterstützt den EBR in seiner Forderung nach einer außerordentlichen Sitzung des Lenkungsausschusses, bevor jegliche Entscheidung umgesetzt wird. Ein offizielles Protestschreiben gegen diesen Beschluss und die damit erfolgte Verletzung der EBR-Vereinbarung wurde an die zentrale Geschäftsleitung von Kraft geschickt.

Quelle: <http://www.effat.org> – 17/03/2011

Ernährungssicherheit statt „Bio“sprit

Der Landkreis El Viejo in Nicaragua ist bekannt für seine Exportprodukte. Er liegt in Chinandega, dem nord-westlichsten Departement des Landes. Vor allem der Zuckerrohranbau zur Erzeugung von Ethanol als Grundlage für Biosprit nimmt in der Region exorbitant zu. Doch von „Bio“ kann dabei kaum die Rede sein: Der hochkonzentrierte Einsatz von chemischem Dünger und Pestiziden selbst mit Flugzeugen aus der Luft belastet Böden und Grundwasser. Tausende von ArbeiterInnen leiden zudem unter schwersten chronischen Nierenschäden. Entwicklungsstrategien von kleinbäuerlichen Familien werden vernachlässigt. Die Inkota-Partnerorganisation Apadeim unterstützt deshalb Landfrauen bei der Schaffung von Alternativen. Zunächst sollen etwa 200 Menschen – 30 Frauen und deren Familien – davon profitieren, um durch den Anbau von Gemüse die Ernährung für sich und ihre Familien zu sichern. Sie bekommen Hühner und einen Hahn, ein Schwein sowie Ställe, um sich durch die Tierhaltung ein kleines Einkommen zu schaffen. Außerdem erhalten die Frauen Weiterbildung und technische Begleitung, organisieren sich und bewirtschaften gemeinsam drei Modellparzellen. Sie stellen damit unter Beweis: Es gibt Alternativen zum industriellen Anbau von Monokulturen!

Quelle: www.inkota.de/projekte/nicaragua/ernaehrungssicherheit

EU-Parlament stimmt für Finanztransaktionssteuer

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments stimmten am 8. März in Straßburg mit überwältigender Mehrheit parteiübergreifend für die Annahme des Vorschlags der Eurosozialisten für eine Steuer auf Finanztransaktionen (FTT) als Alternative zu Sparmaßnahmen. Das Parlament billigte einen Bericht der griechischen Sozialdemokratin Anni Podimata, in dem die Einführung einer Steuer von 0,05% auf alle Finanztransaktionen auf europäischer Ebene als erster Schritt auf dem Weg zu einer globalen Umsetzung gefordert wird. Die IUL fordert seit mehr als zehn Jahren eine Steuer auf Finanztransaktionen zur Eindämmung von spekulativen Tätigkeiten und argumentiert, dass sie in den bedeutenden Finanzzentren ohne weiteres einseitig eingeführt werden kann, auch wenn eine globale Steuer das eigentliche Ziel bleibt. Selbst bei dem bescheidenen Satz von 0,05 % könnte die Steuer nach Schätzungen der FTT-Befürworter mehr als 200 Milliarden Euro auf EU-Ebene generieren – das Doppelte des derzeitigen EU-Haushalts – und mindestens 650 Milliarden, wenn sie

weltweit eingeführt würde. Äußerungen des EU-Kommissars Semeta nach der Abstimmung lassen erkennen, wie tief der Widerstand gegen eine Einführung der Steuer sitzt. Trotz des Abstimmungsergebnisses von 529 gegen 127 Stimmen erklärte Semeta, die Einführung einer FTT in der EU sei „unverantwortlich“ und „verfrüht“.

Quelle: IUF UITA IUL (<http://cms.iuf.org>)

IAO: Kampf für Hausangestellte

Die abschließenden Beratungen über ein IAO-Übereinkommen für Hausangestellte werden vom 1. bis 17. Juni 2011 auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf stattfinden – und eine gewerkschaftliche Aktion ist entscheidend, um die Annahme eines starken Instruments sicherzustellen. Während der Beratungen 2010 wurden bedeutende Siege errungen. 61 Regierungen stimmten für ein Übereinkommen und eine ergänzende Empfehlung und 14 nur für eine Empfehlung. Das wesentliche Ziel des Übereinkommensentwurfs – Hausangestellten die gleichen



Rechte zu gewährleisten wie anderen Beschäftigten – wurden aber von den Arbeitgebern und einigen Regierungen, einschließlich der EU, angefochten. Auf dem Spiel stehen Fragen wie Arbeitszeitregelungen, Entlohnung (Abkehr von einer Entlohnung in Sachleistungen), Gesundheitsschutz und Sicherheit, Zugang zu Sozialversicherungen, Mutterschaftsrechte und strengere Kontrolle von Arbeitskräftevermittlern. Die Arbeitnehmergruppe der IAO wird Unterstützung von einer Mehrheit der Regierungen benötigen, um sicherzustellen, dass ein starkes Übereinkommen die seit langem überfällige Anerkennung der Gewerkschafts- und Menschenrechte dieser Beschäftigten gewährleistet. Internationaler gewerkschaftlicher Druck ist entscheidend. Gewerkschafter/innen können handeln, um sicherzustellen, dass eure nationale Zentrale über die Forderungen der Hausangestellten gut informiert ist und dass eure Regierung für ein Übereinkommen stimmt, das Hausangestellten dieselben Grundrechte sichert wie anderen Beschäftigten.

Quelle: <http://cms.iuf.org>

Südafrikanischer Gewerkschaftsaktivist ermordet

Die Internationale der öffentlichen Dienste ist schockiert und empört über den Mord an dem 43-jährigen Vertrauensmann der Gewerkschaft South African Municipal Workers' Union (Samwu), Petros Msiza. Die IÖD-Mitgliedsgewerkschaft Samwu berichtet, dass der Kollege Msiza auf offener Straße erschossen wurde, als die Polizei am 3. März das Feuer auf die Teilnehmer einer Demonstration in der Stadt Tshwane eröffnete. Von Samwu organisierte ArbeitnehmerInnen waren auf die Straße gegangen, um gegen die einseitig von ihrem Arbeitgeber geänderten Arbeitsbedingungen zu protestieren und um sich für ihre Gewerkschaftsführung einzusetzen, die von dem Arbeitgeber schwer drangsaliert wurde. Die Stadtverwaltung hat darauf mit der Entlassung von 1054 Beschäftigten reagiert.

IÖD-Generalsekretär Peter Waldorff erklärt dazu: „Dieser tödliche Zwischenfall, für den wieder einmal die Polizei die Verantwortung trägt, ist der bisher letzte in einer langen Reihe von Todesfällen und schweren Verletzungen von Samwu-Mitgliedern, die ihre Bürgerrechte wahrgenommen haben. Die IÖD unterstützt Samwu in ihrer Forderung, die südafrikanische Polizei umfassend für die Taten ihrer Einsatzkräfte verantwortlich zu machen. Die Verantwortlichen für den tragischen Tod von Petros Msiza müssen für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden. Es muss hier zu einer grundlegenden Änderung der polizeilichen Vorgehensweise kommen, damit niemand mehr bei der Wahrnehmung von Grundrechten verletzt wird oder sein Leben verliert.“ Waldorff fügt hinzu: „Die Internationale der öffentlichen Dienste stellt fest, dass Samwu-Mitglieder Repressalien ausgesetzt sind, weil sie offen Missstände wie die Korruption in den kommunalen Verwaltungen in Südafrika anprangern. Das gilt besonders dann, wenn die Privatisierung öffentlicher Dienste zu Lasten der BürgerInnen und ArbeitnehmerInnen forciert wird. Die gegen die Mitglieder von IÖD-Gewerkschaften gerichtete Gewalt und Einschüchterung ist nicht akzeptabel. Wir fordern die Regierungsbehörden auf, sich mit den kritisierten Missständen zu befassen, etwas gegen die Korruption zu unternehmen und die Gewaltaktionen gegen Samwu-Mitglieder zu beenden, die Gerechtigkeit fordern.“

Die IÖD fordert ihre Mitglieder auf, Solidaritätsadressen an die Samwu zu mailen unter: steve.faulkner@samwu.org.za. Kopien der Mails bitte an: rights@world-psi.org.

Quelle: www.world-psi.org (Public Services International) 9. März 2011

Höchste humanitäre Auszeichnung geht an Handicap International

BERLIN. Überschattet von den aktuellen humanitären Katastrophen wurde Handicap International am 15. März in Genf der Conrad N. Hilton Humanitarian Prize 2011 übergeben. Der mit 1,5 Millionen US-\$ dotierte Preis wird seit 1996 jährlich an humanitäre Organisationen für außergewöhnliche Beiträge zur Linderung menschlichen Leidens übergeben und gilt als die wichtigste Auszeichnung im humanitären Bereich. Die offizielle Zeremonie findet am 13. April im kalifornischen Redwood City statt. In 60 Ländern setzt die Föderation von Handicap International mehr als 300 Projekte der Entwicklung und Nothilfe um. „In Notsituationen bewirkt die Schnelligkeit, in der eine Organisation ihre Unterstützung anbieten kann, einen bedeutenden Unterschied, nicht nur zwischen Leben und Tod, sondern sie kann auch entscheiden, ob eine Verletzung zu einer dauerhaften Behinderung wird oder nicht“, erklärte Jean-Baptiste Richardier, Mitgründer von Handicap International und heutiger Direktor der Föderation. Der Preis wird deshalb dazu genutzt werden, um die Kapazitäten zur raschen Vorfinanzierung von Hilfsprojekten in künftigen Notsituationen zu erweitern. www.handicap-international.de

Kampagne gegen diskriminierende Flüchtlingsgesetze



ZELLA-MEHLIS. An über 20 Orten wurde am 22. März mit Demonstrationen, Kundgebungen, Straßenaktionen und Pressekonferenzen die bundesweite Kampagne „Abolish – diskriminierende Gesetze gegen Flüchtlinge abschaffen!“ gestartet. Unter anderem gab es einen gemeinsamen Protest des „The Voice Refugee Forum“ und der BewohnerInnen des Flüchtlingslagers Zella-Mehlis/Thüringen, eine Demonstration durch München zu den Parteizentralen von FDP, SPD und Grünen und eine Kundgebung im Innenhof des Landratsamtes Oberursel/Hessen. Weitere Aktionen: Am 24. März unter dem Motto „break isolation“ Kundgebung in Gifhorn/Niedersachsen und Demonstration in Meiningen/Thüringen, am 26. März Demonstration in Nürnberg. Die Flüchtlingsproteste in Meiningen sowie in Gifhorn bekommen eine hohe Dringlichkeit vor dem Hintergrund zweier alarmierender Todesfälle: In Zella-Mehlis/Landkreis Meiningen verstarb der 32-jährige Ruslan Yatskevich aus Weißrussland im November 2008 unter ungeklärten Umständen, nachdem er vor dem Hintergrund re-

gelmäßiger Abschiebeandrohungen in den Wald geflüchtet war. In Gifhorn nahm sich der Nepalese Shambu Lama am 1. März 2011 das Leben – am gleichen Tag, an dem ihm durch einen Mitarbeiter der Ausländerbehörde erneut angedroht wurde, ihn zwei Tage später abzuschieben. Die protestierenden Flüchtlinge in Zella-Mehlis/Meiningen und in Gifhorn fordern gemeinsam mit der Abolish-Kampagne: Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen, Residenzpflicht abschaffen, sämtliche Formen von institutionalisiertem Rassismus abschaffen, rassistische Sondergesetze abschaffen, Abschiebungen stoppen.

www.thevoiceforum.org

Kinderrechte in Deutschland – noch nicht für alle!

BERLIN. Am 5. April vor 19 Jahren hat die Bundesrepublik die UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnet. Bis heute wird sie jedoch nicht vollständig umgesetzt. Seit der Rücknahme des ausländerrechtlichen Vorbehalts zur UN-Kinderrechtskonvention im Frühjahr 2010 durch die Bundesregierung sollten die UN-Kinderrechte in Deutschland auch für Flüchtlingskinder vollumfänglich gelten. In der Praxis sind Flüchtlingskinder und -jugendliche in Deutschland immer noch vielfältigen Diskriminierungen und Restriktionen ausgesetzt, zum Beispiel: – aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes Kürzung der Sozialhilfe um bis zu 47 Prozent unter das geltende Existenzminimum für Kinder im Hartz IV-Bezug sowie Ausschluss vom neuen „Bildungspaket“ – Mangelhafte medizinische Versorgung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – Eingeschränkter Zugang zu Schule, vielfach Verbot von Ausbildung und Studium – Beschränkung der Bewegungsfreiheit – Menschenunwürdige Wohnverhältnisse in Sammelagern – Trennung von Familienangehörigen – Willkürliche Altersschätzungen und Ältermachen. Mit einer theatralen Aktion am Brandenburger Tor machte das Bündnis „SOS for Human Rights“ auf diesen Missstand aufmerksam und forderte die Umsetzung der Kinderrechte für alle Kinder und Jugendliche ein.

www.fluechtlingsrat-berlin.de

UN-Millenniumkampagne in Deutschland endet Mitte 2011

BONN. Der deutsche Zweig der UN-Millenniumkampagne kann in seiner bisherigen Form nur noch bis zum 30. Juni 2011 fortgeführt werden. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stellt nach sechs Jahren seine finanzielle Unterstützung für die Kampagne ein. Es ist nicht gelungen, eine alternative Finanzierungsquelle für das Kampagnenteam zu finden. Das BMZ sieht den

Schlüssel für das Erreichen der Millenniumsziele (MDGs) bei den Entwicklungsländern selbst. Deshalb orientiert die deutsche Entwicklungspolitik ihre Zusammenarbeit mit den Partnerländern an der Erreichung der MDGs. „Wir hätten sehr gerne weitergemacht“, sagt Dr. Renée Ernst, Leiterin der UN-Millenniumkampagne in Deutschland, „aber ohne die Grundfinanzierung, die vom Ministerium kam, muss das Team leider seine Arbeit einstellen. Jetzt übergeben wir den Staffeltab an die vielen Menschen und Aktionsgruppen, die sich mit der UN-Millenniumkampagne für die Ziele eingesetzt haben.“ Sie sei davon überzeugt, dass diese sich weiter kraftvoll und nachdrücklich für die Millenniums-Entwicklungsziele engagieren werden.

www.millenniumcampaign.de

Venro: Aktion zum Haushalt 2012

BONN. Die für die Haushaltsplanung 2012 vorgesehene Erhöhung des Entwicklungsetats um 1,8 Prozent ist zwar grundsätzlich positiv, aber nicht ausreichend, damit Deutschland seine internationalen Verpflichtungen in der Entwicklungspolitik erfüllen kann. Darauf hat der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (Venro) anlässlich der vorgelegten Eckwerte für das Haushaltsjahr 2012 hingewiesen. Die Venro-Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“ startete deshalb am 16.3. vor dem Bundeskanzleramt eine Aktion zum Haushalt 2012. Um Wort zu halten, müsste die Regierung für den Haushalt 2012 zwei Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stellen. Dies hatten Venro und sieben Bündnispartner bereits im Vorfeld der Festlegung der Eckwerte für den Haushalt 2012 in einem offenen Brief an Finanzminister Wolfgang Schäuble gefordert. Die internationale Entwicklungs- und Klimafinanzierung müsse mehr gestärkt werden. www.venro.org

Mehr Demokratie begrüßt SPD-Beschluss für Volksentscheide

BERLIN. Der Verein Mehr Demokratie begrüßt die Pläne der Sozialdemokraten, Volksbegehren und Volksabstimmungen auch auf Bundesebene einzuführen. Das vom SPD-Bundesvorstand am 21. März 2011 beschlossene Papier, das auch Aussagen zur konkreten Ausgestaltung der Volksgesetzgebung auf Bundesebene macht, soll im Dezember dem SPD-Bundesparteitag zur Abstimmung vorgelegt werden. Mehr Demokratie erhofft sich von der parteiinternen Demokratie-Diskussion in der SPD einen Impuls für mehr Demokratie in den Bundesländern. „In Brandenburg hängt es beispielsweise zentral von der Position der Landes-SPD ab, ob Volksbegehren und Volksentscheide

dort vereinfacht werden. Denn in manchen Bundesländern gibt es die direkte Demokratie zwar auf dem Papier, sie kommt jedoch kaum zur Anwendung, da die Hürden zu hoch sind. Auch hier müssen die Sozialdemokraten nun Reformwillen an den Tag legen und den Bürgern mehr zutrauen“, so Efler, Mehr Demokratie-Vorstandssprecher. Mehr Demokratie fordert seit über 20 Jahren die Einführung bundesweiter Volksentscheide.

www.mehr-demokratie.de

Politischer Wille für Abzug der US-Atomwaffen vorhanden

BERLIN. Eine große Mehrheit der Nato-Mitglieder würde einen Abzug der taktischen US-Atomwaffen befürworten. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie der niederländischen Sektion von Pax Christi, die am 30. März 2011 veröffentlicht wurde. In einer Umfrage bei den ständigen Vertretungen der Staaten in Brüssel haben ForscherInnen entdeckt, dass nur drei der 28 Mitglieder die Atomwaffen beibehalten wollen: Frankreich, Ungarn und Litauen. Dazu erklärt Xanthe Hall, Sprecherin der Kampagne „unsere zukunfts – atomwaffenfrei“: „Diese Studie zeigt uns, dass die vom Bundestag vor einem Jahr beschlossene Position keine Außenseitermeinung darstellt. Sie spiegelt vielmehr die gängige Meinung innerhalb der Nato wider.“ Die Kampagne hat alle Bundestagsabgeordneten zum Jahrestag des interfraktionell verabschiedeten Antrags vom 26. März in einem Brief daran erinnert, ihren Beschluss für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und eine reduzierte Rolle der Nuklearwaffen innerhalb der Nato umzusetzen. Von einigen Abgeordneten liegen erste Reaktionen vor.

www.atomwaffenfrei.de

250 000 Demonstranten fordern „Alle AKWs abschalten, Frau Merkel!“

In BERLIN, HAMBURG, KÖLN und MÜNCHEN haben heute rund 250 000 Teilnehmer für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie demonstriert. Allein in Berlin versammelten sich 120 000 Demonstranten im Zentrum und forderten Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, den Atomausstieg nicht auf die lange Bank zu schieben. In Köln gingen 40 000 Menschen auf die Straße, in München waren es trotz Regen 40 000 und in Hamburg schlossen sich 50 000 Menschen den Protesten an. „Dies sind die bisher größten Anti-Atom-Proteste in Deutschland. Die Antwort der Bundesregierung muss jetzt das Abschalten der Atomkraftwerke sein“, erklärten die Veranstalter. Zu den Demonstrationen unter dem Motto „Fukushima mahnt – alle AKWs abschalten“ hatte ein breites Bündnis von Anti-Atom-Initiativen, Umweltverbänden, globali-



sierungskritischen und friedenspolitischen Organisationen aufgerufen. Mehrere Redner warfen Bundeskanzlerin Angela Merkel eine „unverantwortliche Verzögerungs- und Verschleierungspolitik“ vor. Mit ihrem Moratorium für die AKW-Laufzeitverlängerungen sowie mit den von ihr eingesetzten Kommissionen weiche sie der nach dem Fukushima-GAU nötigen Entscheidung zum sofortigen Atomausstieg aus. 250 000 Menschen, die bundesweit auf die Straße gegangen seien, erwarteten von der Bundesregierung, ohne Wenn und Aber alle Atomkraftwerke sofort vom Netz zu nehmen und die Energiewende energisch voranzutreiben. Die Katastrophe in Fukushima habe allen deutlich gezeigt, dass die Atomkraft unbeherrschbar und gefährlich sei. Deshalb wachse die Empörung über den gegenwärtigen Zick-Zack-Kurs der Bundesregierung beim Thema Atomenergie. Die Bundesregierung werde sich täuschen, wenn sie hoffe, mit einem Moratorium der Laufzeitverlängerungen und dem Einsetzen von Kommissionen die Bevölkerung beruhigen zu können. Die Anti-Atom-Bewegung werde auch weiter für die Abschaltung jedes einzelnen Reaktors kämpfen und zu entsprechenden Demonstrationen aufrufen. „Wir werden nicht tatenlos zusehen, dass nach Ende des Moratoriums jetzt abgeschaltete AKW wieder ans Netz gehen“, erklärten die Veranstalter.

www.ausgestrahlt.de/

Klimawandel bedroht Kinderrecht auf gesundes Leben

OSNABRÜCK/BONN. Terre des Hommes und Germanwatch fordern entschiedenen Klimaschutz. Seit einem Jahr ist der Zugang zu sauberem Trinkwasser als Menschenrecht durch die Vereinten Nationen anerkannt. Das internationale Kinderhilfswerk Terre des Hommes und die umwelt- und entwicklungspolitische Organisation Germanwatch weisen darauf hin, dass immer mehr

Kindern in Entwicklungsländern dieses Recht verwehrt zu bleiben droht. Weltweit verändert der Klimawandel die Wasserverfügbarkeit und nehmen extreme Wetterereignisse zu. „Die Klimawandel-Opfer sind jung: Jedes zweite Opfer von wetterbedingten Naturkatastrophen ist ein Kind unter 15 Jahren“, berichtet die Geschäftsführerin des Kinderhilfswerks terre des hommes, Danuta Sacher. Auch im normalen Alltag drohen vor allem Kindern wasserabhängige Krankheiten. So zählen durch verunreinigtes Wasser verursachte Durchfallerkrankungen schon heute zur größten Lebensgefahr für mangelernährte Kinder. „Für die peruanische Hauptstadt Lima beispielsweise belegen Studien den engen Zusammenhang von Erderwärmung und Gesundheitsrisiken: Dort steigt mit jedem Zehntelgrad Celsius Temperatursteigerung die Zahl der Durchfallerkrankungen um acht Prozent. Deshalb gehören Kinderrechte und Klimaschutz ganz eng zusammen“, unterstreicht Sacher. Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch ergänzt: „Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, wirksame Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen zu ergreifen und in wenigen Jahrzehnten hin zu 100 Prozent erneuerbare Energien zu steuern. Zugleich geht es darum, die besonders betroffenen Menschen beim Kampf um den Zugang zu sauberem Wasser zu unterstützen. Der Schutz von Kindern sollte deshalb ein wichtiger Schwerpunkt der internationalen Anpassungspolitik an den Klimawandel sein.“ Das internationale Kinderhilfswerk Terre des Hommes und Germanwatch haben gemeinsam eine Studie über die Auswirkungen klimabedingter Veränderungen des Wasserhaushalts auf die Umsetzung ökologischer Kinderrechte durchgeführt. Sie erscheint im April und kann vorbestellt werden bei:

logistik@tdh.de, www.tdh.de

Komplizierte Debatte um kommunalen Finanzausgleich

Die Gemeindefinanzierung ist Bestandteil des Landeshaushalts in Nordrhein-Westfalen. In diesem Jahr ist die Debatte unter den Kommunen, ihren Spitzenverbänden und den Landtagsparteien besonders heftig. Zur Vorgeschichte: Die rot-grüne Landesregierung hatte bereits mit dem Nachtragshaushalt 2010 beschlossen, Kürzungen der schwarzen Landesregierung im Gemeindefinanzausgleich zurückzunehmen. Die Städte und Gemeinden erhalten wieder einen Anteil an der Grunderwerbssteuer und die Kürzung der Finanzmittel für die Kommunen zur Tilgung der Landesschulden wurde zurückgenommen. Insgesamt stehen so im Jahr 2011 ca. 8 Mrd. Euro für den Finanzausgleich zur Verfügung. Der Finanzausgleich soll einen gewissen Ausgleich für die unterschiedliche Einnahme- und Ausgabensituation der Gemeinden schaffen.

Für die Verteilung dieser Gelder

hat die Landesregierung einen neuen Schlüssel zugrunde gelegt – und dieser sorgt für Streit. Sie hat den fiktiven Gewerbesteuerhebesatz angehoben – was zur Folge hat, dass Gemeinden mit niedrigen Hebesätzen weniger aus dem Topf erhalten. Außerdem hat sie den Soziallastenausgleich deutlich stärker gewichtet. Schwarz-Gelb hatte noch immer Ausgleichsätzen agiert, die aus dem Jahr 1999 stammten, also aus der Zeit vor dem Inkrafttreten der sogenannten Hartz-IV-Reformen. Diese Reformen haben jedoch die Sozialausgaben der Kommunen rasant in die Höhe getrieben. Betroffen sind insbesondere die Städte und Gemeinden im Ruhrgebiet, in denen viele Langzeitarbeitslose leben, die Leistungen nach SGB II beziehen. Die nordrhein-westfälischen Gemeinden mussten im Jahr 2009 12,4 Mrd. Euro für Sozialleistungen aufbringen, darunter 4,5 Mrd. für Leistungen nach SGB

II und 5,4 Mrd. für die Grundsicherung im Alter und Leistungen für Behinderte. Die Kosten für die Grundsicherung im Alter übernimmt ab 2012 schrittweise der Bund, in diesem Jahr müssen sie vollständig von den Kommunen aufgebracht werden.

Das Innenministerium hatte die neuen Berechnungsgrundlage für den Gemeindefinanzausgleich erst spät zum Jahresende, am 23.12.2010, bekanntgegeben – ein Zeitpunkt, an dem ein Teil der Gemeinden bereits den Haushalt 2011 beschlossen hatte. Schon allein das sorgte für Kritik aus den Reihen der betroffenen Kommunen. Zum zweiten teilte die Landesregierung mit, dass diese Anpassung nur ein erster Schritt sei, 2012 werde der Soziallastenausgleich vollständig angerechnet.

Erstmals haben seit langer Zeit die kommunalen Spitzenverbände unterschiedliche Stellungnahmen zum Ge-

Warum muss die Stadt elitäre Krippe fördern?

STUTTGART. Im letzten Jugendhilfeausschuss am 28. März beantragte das Jugendamt die „Förderung neuer Träger von Kindertageseinrichtungen“. Dabei geht es um private Einrichtungen, zum Beispiel der Kirchen und Betriebs-Kitas. Es ist auch in Ordnung, wenn von Elterninitiativen oder muslimischen Vereinen Einrichtungen geschaffen werden. Inzwischen ist auch ein lukrativer Markt entstanden, auf dem Firmen Kinderbetreuung anbieten. Was am 28.3. mit den Stimmen der Grünen, der CDU, FDP und Freien Wähler beschlossen wurde, hat aber ein sehr schlechtes Gschmäckle. Es geht um die „Pädagogische Kinderförderungsgesellschaft Early Bird Club mbH“.

Early Bird eröffnet zum Beginn des Kindergartenjahrs 2011/2012 eine bilinguale Kinderkrippe für null- bis dreijährige Kinder mit drei Gruppen. Eine muttersprachliche Erzieherin soll mit den Kindern Englisch sprechen. In einer Villa im Grünen, nahe der Villa Berg, „haben selbst die Kleinsten Blick nach draußen“, es gibt Reformpädagogik, die Ausstattung ist vom Feinsten, Betreuung findet von sieben bis 17.30 Uhr statt, für Kinder im ersten, zweiten und dritten Lebensjahr gibt es jeweils eine zehnköpfige Gruppen, pro Gruppe gibt es zwei Betreuerinnen sowie weiteres Personal, Ernährung auf „biologischer“ Basis.

Durch die Aufnahme in die Regelförderung der Stadt bekommt die Kita das Anrecht auf finanzielle Förderung

nach der städtischen Richtlinie. Die beträgt bei Krippenkindern 10.390 Euro pro Kind und Jahr, also bei einer Gruppe von zehn Kindern 103.900 Euro im Jahr. Dazu kommen Zuschüsse für Verwaltungskosten von 4.180 Euro und für Fachberatung von 1.280 Euro jeweils pro Gruppe und Jahr sowie 90 Prozent der Miete oder 2.500 Euro pro Jahr für die Abschreibung der Gebäude. Außerdem wird in Ganztageseinrichtungen noch ein Essenszuschuss von 1,10 Euro pro Tag gezahlt.

Diese finanzielle Unterstützung ist in Ordnung, soweit eine Einrichtung sozusagen im Auftrag der Stadt ein öffentliches Anliegen (frühkindliche Bildung und Betreuung) erfüllt. Nach dem Subsidiaritätsprinzip muss die Stadt diese Aufgabe sicherstellen, sie kann sie aber an Dritte übertragen. Sie muss dies sogar, wenn sie Bedarf feststellt und andere Kräfte aus der Gesellschaft dies übernehmen. Nur zahlen muss die Stadt für eine Einrichtung immer, wenn der Bedarf da ist.

Bei Early Bird richtet sich das Angebot aber ganz sicher nicht an die Allgemeinheit bzw. ist nicht konzipiert für alle Familien. Dafür sorgt allein der Preis: Betreuung zwei Tage in der Woche 380 Euro, drei Tage 540 Euro, fünf Tage 740 Euro im Monat. Dazu kommen 4,50 Euro pro Tag für das Essen, eine Anmeldegebühr von 320 Euro und eine Jahresgebühr von 120 Euro. Im Internet werden diese Preise veräußert durch den Hinweis, dass sich bei einem zu versteuernden Einkommen

von 40 000 Euro für Ledige und 60 000 Euro für Verheiratete ca. 100 Euro im Monat als Steuerrückzahlung ergeben. Außerdem wurde schon vor dem Beschluss im Jugendhilfeausschuss auf der Internetseite damit geworben: „Liebe Eltern, nach derzeitigem Stand erhalten wir einen städtischen Zuschuss für den Early Bird Club, der es uns erlauben wird, die Betreuungspreise zu senken.“ Laut Beschlussvorlage des Jugendamtes kostet die Betreuung dann statt 740 Euro nur noch 350 Euro. Mit dem städtischen Zuschuss werden Betreuungsplätze verbilligt für Familien, die gar keine Hilfe brauchen. Diese Einrichtung kann und würde auch ohne städtischen Zuschuss Bedingungen für die Kinder und nicht zuletzt auch für die beschäftigten Erzieherinnen schaffen, von denen die städtischen Erzieherinnen nur träumen können. Die SPD hat im Jugendhilfeausschuss gegen die Aufnahme von Early Bird in die Regelförderung gestimmt. Da ich kein Stimmrecht habe, konnte ich nur dagegen sprechen und darauf hinweisen, dass diese Einrichtung aufgrund ihrer Exklusivität und den hohen Kosten nicht allen Kindern, d.h. nicht der Allgemeinheit zur Verfügung steht. Das Ärgernis ist doppelt: Mit städtischen Zuschüssen wird ein exklusives Angebot verbilligt. Gleichzeitig werden die so geförderten Plätze auf den Bedarf in der Stadt Stuttgart angerechnet, sind aber – wie gesagt – nicht allen Kindern zugänglich.

Ulrike Küstler, Stadträtin Die Linke

meiendefinanzierungsgesetz abgegeben. In den Anhörungen der vergangenen Jahre waren sie immer mit einer einheitlichen Position aufgetreten. Diesmal unterstützte der Städtetag die Gesamtrichtung der Änderungen durch die Landesregierung, auch wenn er anmerkt, dass die Gesamtsumme zu gering sein und die Änderung zu spät gekommen ist. Der Städte- und Gemeindebund kritisierte, dass den kreisangehörigen Gemeinden insgesamt 135 Mio. Euro „verloren“ gingen und verlangte, der alte Schlüssel solle für 2011 beibehalten werden und ein neuer Verteilungsschlüssel erst 2012 zur Anwendung kommen. Der Landkreistag wiederum schlägt eine Umsetzung der Schlüsseländerung in vier Stufen vor.

Alle Verbände kritisieren die mangelhafte Finanzausstattung der Kommunen. In Nordrhein-Westfalen sind die Sozialausgaben der Städte und Gemeinden in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt um 170% gestiegen, sie geben inzwischen 27% ihrer Haushalte für soziale Aufgaben aus, die ihnen durch Bundes- und Landesgesetze übertragen worden sind, erhalten aber nur 23,8% ihrer Einnahmen aus dem Finanzausgleich. Dennoch ist die Situation der Gemeinden höchst unterschiedlich. Die Kassenkredite, mit denen sich die Gemeinden über Wasser halten, haben inzwischen einen Stand von 20 Mrd. Euro erreicht, davon entfällt die Hälfte allein auf neun kreisfreie Städte, alles Orte im Ruhrgebiet bzw. im Bergischen Land, die von der Umstrukturierung und Abwanderung der traditionellen Industriefelder besonders getroffen sind. Diese Kommunen haben durch Anhebung der Gewerbesteuer auf Hebesätze zwischen 460 und 490 Punkten ihre Einnahmesituation nicht besonders verbessern können. Auf der anderen Seite gibt es eine Reihe von Gemeinden, die mit ihren Hebesätzen unter 400 Punkten liegen. Sie erhalten aus dem Gemeindefinanzausgleich tatsächlich weniger als nach dem alten Ausgleichsverfahren.

Die Landtagsfraktion der Linken hat beantragt, die Finanzmittel für die Gemeinden und zwei Prozent zu erhöhen und diskutiert einen Härteausgleich für die Gemeinden, die weniger Zuweisungen erhalten als zuvor. In dieser Situation haben einige Fraktionsvorsitzende und der Kreisverband Köln an die Landtagsfraktion gewandt mit Bitte um Diskussion dieser Position. Da in der Berechnung Finanzausgleich auch die tatsächlichen Einnahmen der Gemeinden aus dem Vorjahr berücksichtigt werden und sich die soziale Situation auch ändert, wird es jedes Jahr Gemeinden geben, die weniger erhalten als zuvor. Eine Lösung auf Landesebene, die tatsächlich die unverschuldete Finanznot der Gemeinden dämpft, ist nicht möglich. Die Gemeinden benötigen für die Aufgaben, die der Bund überträgt, auch die Mittel dafür vom Bund.

Ulrike Detjen

Kommunale Politik

„Neues Beteiligungsmodell“ ist eine Mogelpackung: FREIBURG. Echte politische Partizipation ist stattdessen notwendig. Die Linke Liste-Solidarische Stadt (LiSt) hält wenig von dem neuen Beteiligungsmodell der Stadtverwaltung zu den anstehenden Haushaltsberatungen. Bürgerinnen und Bürger sollen online Vorschläge machen können, die – äußerst vage – von der Verwaltung aufbereitet dem Gemeinderat vor der Beschlussfassung des Haushalts 2011/12 zur Verfügung gestellt werden sollen. Zu dem sollen die Ergebnisse einer Telefonumfrage zur Bürgerzufriedenheit, u.a. auch zu Haushaltsfragen veröffentlicht werden. „Mit einer echten Partizipation, mit einem echten Beteiligungshaushalt, hat dies nichts zu tun, so Ulrike Schubert, Stadträtin der Linken Liste. Die Linke Liste fordert weiterhin einen echten Beteiligungshaushalt, mit tatsächlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten über Einnahmen, wie Ausgaben des Haushalts. Besonders wichtig sei dabei, so LiSt, die politische Diskussion auf Versammlungen auf Stadtteilebene. „Die Erfahrungen (sowohl aus Porto Alegre in Brasilien als auch aus europäischen und deutschen Städten, u.a. Berlin-Lichtenberg) zeigten, dass je niederschwelliger und dezentraler die Beteiligungsmöglichkeiten angesiedelt seien, desto höher der Beteiligungsgrad der Bevölkerung“, so Hendrikk Guzzoni, Stadtrat der Linken Liste.

www.linke-liste-freiburg.de/

SPD entsorgt eigene Geschichte: HANNOVER. „Mit einer Bebauung des Klagesmarktes entsorgt die hannoversche SPD ihre eigene Geschichte.“ Das betonte Oliver Förste, Vorsitzender der Linksfraktion, auf der Sitzung des Bauausschusses. Insbesondere im 20. Jahrhundert sei der Klagesmarkt ein Ort demokratischer und antifaschistischer Manifestationen gewesen. „Der Platz muss deshalb als Ort der hannoverschen Geschichte aber auch als Freiraum und als Ort für zukünftige Demonstrationen erhalten bleiben.“ Einige historische Beispiele von Versammlungen auf dem Klagesmarkt: Am 7.11. 1917 veröffentlichten der provisorische Soldatenrat und die hannoversche SPD-Führung eine Proklamation des „Vorläufigen Arbeiter- und Soldatenrates“ mit einer anschließenden Massenversammlung. Im Jahr 1920 gibt es eine Massenkundgebung gegen den Kapp-Putsch. Am 4.2. 1933 findet eine große Demonstration der SPD und der „Eisernen Front“ gegen die Nationalsozialisten und den braunen Terror statt. Am 19.2. 1933 demonstrieren 45 000 Sozialdemokraten und andere gegen die Nationalsozialisten unter dem Motto: „Zeigt der Reaktion, dass Hannover rot bleibt!“ Am 1.4. 1947

gibt es eine große Kundgebung der SPD gegen Hungerrationen unter dem Motto „Wir fordern Brot“. Am 31.3. 1979 endet der sogenannte Gorleben-Treck mit 100 000 Atomkraftgegnern auf dem Klagesmarkt. Am 1.5. 2009 demonstrieren über 40 000 Menschen auf dem „Fest der Demokratie“ gegen einen Naziaufmarsch. Die Linke unterstützt den Antrag der FDP auf eine wirkliche Bürgerbeteiligung bei der geplanten Bebauung des Klagesmarktes und wird ein alternatives Konzept zur Verschönerung des Platzes vorlegen, womit dieser als Veranstaltungsort erhalten bleibt.

www.linksfraktion-hannover.de

Keine Wohnungsnot? Linke kritisiert SPD-Bausenatorin. HAMBURG. Die Aussage der neuen SPD-Bausenatorin Jutta Blankau in der Presse, dass es keine Wohnungsnot in Hamburg gäbe, kritisiert Dr. Joachim Bischoff, Fraktion Die Linke der Hamburgischen Bürgerschaft, scharf: „Das ist für mich und ganz sicher für alle Wähler, die den Wahlversprechen der SPD Glauben schenken, bitter enttäuschend. Von einer Gewerkschafterin hätte ich wirklich ein anderes Herangehen an die bedrückende Situation am Wohnungsmarkt erwartet.“ Immobilienunternehmen gehen von 90 000 fehlenden Wohnungen aus, Marktbeobachter verzeichnen steigende Preise für Eigentumswohnungen von durchschnittlich 11,7 % innerhalb eines Jahres, und rund die Hälfte aller Hamburger sind aufgrund der hohen Mieten mittlerweile berechtigt, eine Sozialwohnung zu beziehen. Zudem fallen jährlich rund 15 000 Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung, und nun will die SPD mit laschen 2000 Sozialwohnungen gegensteuern und rudert auch schon bei den insgesamt 6000 Wohnungen zurück. Bisher wurden keinerlei weitere finanziellen Mittel für den Sozialwohnungsbau veranschlagt, es droht Stagnation. „Wenn nicht schnell der Wohnungspakt im Sinne einer Beratung aller am Wohnungsbau Beteiligten, Umsteuern bei der Wohnungsbauförderung sowie gezielte Flächenvergabe unter sozialen Aspekten zustande kommt, wird hier weiterhin bester Nährboden für Spekulanten geboten. Unsere Stadt wird in eine katastrophale Schieflage geraten, die den sozialen Frieden gefährdet“, schließt Bischoff. www.linksfraktion-hamburg.de

Linke macht Vorschlag wie Hol-System eingeführt werden kann: BRAUNSCHWEIG. Zur kommenden Ratssitzung hat die Linksfraktion einen Änderungsantrag zur vorgeschlagenen Einführung einer gelben Tonne eingebracht. Sie bringt damit zum Ausdruck, dass sie grundsätzlich für ein Hol-System eintritt, aber auch den berechtigten Einwendungen der Bürgerinnen und

Bürgern Rechnung trägt. Dazu erklärt der Vorsitzende der Linksfraktion im Rat der Stadt Braunschweig: Das Grundproblem an dieser Stelle ist die Privatisierung der Abfallsorgung, gegen die sich Die Linke schon immer ausgesprochen hat. Wird hier nichts geändert, kann der Rat immer nur zwischen Pest und Cholera entscheiden, nämlich: Entweder wird ein ökologisches Verfahren eingeführt – dann steigen die Gebühren – oder es werden wichtige Wertstoffe weiterhin in Staßfurt verbrannt. Beides kann nicht das Ziel verantwortungsvoller Politik sein. Deshalb erwarten wir von den anderen Fraktionen, dass sie unserem Änderungsantrag zustimmen, um zu einer sinnvollen Lösung zu kommen.

www.linksfraktion-braunschweig.de

Sieg der Vernunft!? Jetzt muss ein Mietvertrag her! KÖLN. Auch wenn es zunächst nach gewaltsamer Durchsetzung des durch die Sparkasse erwirkten Räumungstitels durch die Polizei aussah, konnte durch geschicktes Verhandeln und große Kompromissbereitschaft ein vorläufiges Ergebnis erzielt werden. Der Stadtteil Kalk erlebte eine besonnene Polizei, eine Sparkassenführung, die sich mit einem schriftlichen Angebot an die Besetzer wandte, und Besetzer, die ihr einziges Faustpfand – die besetzte Kantine – im Vertrauen auf das Wort der Sparkassenführung aufgaben. Jörg Detjen, Fraktionssprecher der Linken, war in die langwierigen Verhandlungen einbezogen und berichtet: „Es ist erleichternd, dass die Sparkasse nun den Verhandlungsweg geht. Der Sparkassenvorstand zeigt hier mehr Verantwortung für die Stadtgesellschaft als der Oberbürgermeister. Ich habe große Zuversicht, dass die Verhandlungen heute Nachmittag ein gutes Ergebnis für die Sparkasse, die neuen Mieter des Autonomen Zentrums und schließlich für die gesamte Stadt haben werden. Jetzt muss ein Mietvertrag her!“ Grünen-Fraktionsvize Jörg Frank und Linken-Fraktionssprecher Jörg Detjen waren maßgeblich an der Deeskalation und der jetzt erreichten Lösung beteiligt. Die Besetzer vertrauen ihnen, da beide in den letzten zwölf Monaten immer wieder Ansprechpartner waren. Dagegen war die Rolle von Oberbürgermeister Roters und der der Kölner SPD wenig hilfreich. Die EU verlangt von der Sparkasse den Verzicht auf Stadtentwicklungspolitik im Auftrag der Stadt. Aus diesem Grund muss die Sparkasse in den nächsten Wochen Liegenschaften wie das KHD-Gelände in Deutz an die Stadt übertragen. Offenbar wurde die Sparkasse von der Stadtspitze gedrängt, vor dieser Übertragung die Beset-

zung der KHD-Kantine zu beenden. Jörg Detjen dazu: „Zum Glück ist die Stadtentwicklungspolitik in Zukunft wieder in der Hand der Stadt. Leider haben der Oberbürgermeister und die SPD viel Porzellan zerschlagen und Vertrauen verspielt.“

www.linksfraktion-koeln.de

Leistungserhöhung bei Hartz IV ignoriert: BONN. Das Jobcenter-Bonn ignoriert noch immer die gesetzliche Leistungserhöhung für Empfängerinnen und Empfänger von Hartz IV. Wiederholt haben sich in den letzten Wochen Betroffene mit eindeutig rechtswidrigen Bewilligungsbescheiden an die Sozialberatung der Bonner Linken gewandt. Speziell der höhere Regelsatz von mindestens 364 € wird oft nicht gewährt, sondern der alte und niedrigere Regelsatz berechnet. Die Linke Bonn kritisiert diese Praxis, die einmal mehr zu Lasten der Betroffenen geht. Wer sich nicht gegen solche Bescheide wehrt, bekommt schlicht nicht mehr Geld. Die Regelsatzerhöhung von nur 5 € ist schon für sich genommen ein Skandal. Mehr als dreist ist es, den Betroffenen diese geringfügige Verbesserung auch noch vorzuenthalten. „Die Empfängerinnen und Empfänger von Hartz IV haben einen Anspruch auf korrekte Bescheide mit erhöhtem Regelsatz. Diese schikanöse Praxis müssen die Verantwortlichen des Jobcenters sofort beenden.“, so Holger Schmidt. Die Linke Bonn fordert alle Betroffenen auf, gegen Bescheide mit altem Regelsatz Widerspruch einzulegen. Ergänzend bietet die Linke Bonn jeden Mittwoch zwischen 15 und 17 Uhr eine kostenlose anwaltliche Rechtsberatung in den Räumen des Kreisverbandes an.

www.dielinke-bonn.de

Mehr Transparenz und mehr Frauen bei städtischen Unternehmen: BOCHUM. Die Einführung von Regeln für gute Unternehmensführung bei den städtischen Töchtern in Form eines sog. Public Corporate Governance Kodex wird von der Linksfraktion Bochum begrüßt. Sie sieht jedoch an einigen Stellen Nachbesserungsbedarf und macht mit einem Antrag für die morgige Hauptausschusssitzung entsprechende Vorschläge. So sind Aussichtsratsitzungen bisher nicht öffentlich. Das verhindert nach Ansicht der Linksfraktion eine wirkliche demokratische Kontrolle. Die Linke möchte deshalb eine Aufteilung der Aufsichtsratsitzungen in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil. „Der Aufsichtsrat kann doch wie der Rat der Stadt auch bei den Tagesordnungspunkten öffentlich tagen, die nicht zwingend der Geheimhaltungspflicht unterliegen“, regt Fraktionsvorsitzender Uwe Vor-

berg an. „In den städtischen Gesellschaften werden schließlich wichtige Bereiche der Öffentlichen Daseinsvorsorge umgesetzt. Dazu gehören immerhin so große Gesellschaften wie die Stadtwerke, die BOGESTRA und die USB. Deshalb sollte so viel Transparenz wie möglich verwirklicht werden. Außerdem wollen wir die Rechte des Rates gegenüber der Gesellschafterversammlung stärken, indem die Ausübung der Gesellschafterrechte an eine vorherige Ratsentscheidung gebunden wird.“ Ein weiteres wichtiges Anliegen ist der Linksfraktion, dass Fraktionen mit mehr als einem Aufsichtsratsitz ihre Mitglieder nach Geschlechtern quotieren sollten. Der Verwaltungsentwurf erwähnt zwar, dass Frauen in angemessener Weise berücksichtigt werden sollen, macht aber keinen Vorschlag wie das konkret erreicht werden kann.

www.linksfraktion-bochum.de

Ja zur Sanierung der Berufsschulen, Nein zum ÖPP-Vertrag! KIEL. Die Ratsfraktion Die Linke lehnt den Abschluss des ÖPP-Vertrages zum Regionalen Berufsbildungszentrums (RBZ) Technik in Gaarden entschieden ab. „Wir begrüßen es, dass der Sanierungsstau bei unseren maroden Berufsschulen jetzt endlich angegangen wird, aber in der öffentlichen Daseinsfürsorge darf es nicht um Profite gehen“, so Fraktionsvorsitzender Florian Jansen. Zwischen der Aufgabe der Kommune seinen BürgerInnen bestmögliche öffentliche Leistungen zu gewährleisten und den Renditeinteressen des privaten Investors besteht ein fragwürdiger Interessenskonflikt. Bei einem ÖPP-Projekt plant, finanziert und unterhält ein privater Investor die jeweilige Einrichtung. Die Stadt zahlt dafür über einen langen Zeitraum eine Pacht. Gerade klamme Kommunen sehen in diesem Modell eine Möglichkeit den Haushalt kurzfristig nicht mit Schulden belasten zu müssen. Dabei ist ÖPP nur ein Taschenspielertrick. Statt einem Schuldenabtrag und Zinsen zahlt die Stadt so eben regelmäßige vertragliche Abschlagszahlungen. Der Name ändert sich, aber nicht die Belastung für den öffentlichen Haushalt. Alle Rechnungshöfe sehen mittlerweile ÖPP-Vorhaben kritisch. ÖPP ist keine Lösung für die Finanzprobleme der Kommunen, sondern ein zusätzlich neues Problem, das zu höheren Belastungen der öffentlichen Hand führt. Besonders kritisiert Die Linke, dass sich ÖPP-Projekte durch die Beteiligung von privaten Investoren weitgehend der demokratischen Kontrolle entziehen ... www.linksfraktion-kiel.de

Zusammstellung ulj

Nachdem die Stadtratsfraktion der CSU beantragt hatte, für die Stadtverwaltung eine Extremismusklausel zu beschließen, begleitet von einem weiteren Antrag, dem Jugendcafé Marat die städtische Förderung zu entziehen, entschloss sich die Linke im Stadtrat, eine breite öffentliche Auseinandersetzung zu führen. Die CSU scheute sich bei ihrem Vorgehen nicht, Anträgen des NPD-Tarnlistenmannes im Münchner Stadtrat inhaltlich zu folgen. – Der unten stehende Antrag der Linken wird durch eine Reihe weiterführender Argumente und Initiativen ergänzt, die zu einer Extra-Ausgabe von „MitLinks“, der Zeitschrift aus der Stadtratsgruppe der Münchener Linken, zusammengestellt wurden. Wir dokumentieren hier den Antrag der Linken und eine Inhaltsangabe des Extrablatts, das auch zum Download zur Verfügung steht. Der reaktionäre Vorstoß der CSU stößt wohl auch auf den Widerstand der Gewerkschaften, siehe dazu auch die klare Meinungsäußerung des DGB-Vorsitzenden Sommer, die wir unten dokumentieren.

München: Antrag „Stärkere Bürgerrechte statt willkürliche Extremismusklausel!“

Der Stadtrat möge beschließen: 1. Der Stadtrat lehnt die Anträge der CSU „Extremismusklausel für München“ und „Konsequent auch gegen linken Extremismus“ vom 25.03.2011 ab. 2. Die Landeshauptstadt München (LHM) weist jeden Versuch der Kriminalisierung bürgerschaftlichen Engagements und selbstverwalteter Zentren zurück. 3. Die LHM stärkt in allen Bereichen der kommunalen Selbstverwaltung die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, wie dies auch in der „Europäischen Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt“ gefordert wird. Diese Charta wurde von der Stadt München bereits unterzeichnet. 4. Die LHM sieht sich als Einrichtung ihrer Bürgerinnen und Bürger und nicht als Instrument zur Beobachtung und Bespitzelung engagierter Münchnerinnen und Münchner. 5. Die LHM spricht sich gleichzeitig dafür aus, dass der Meinungpluralismus im Sinne der „Europäischen Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt“ gefördert wird und lehnt Spitzel- und Denunziantentum ab.

Begründung: Die Stadt München lebt von ihrer kulturellen Vielfalt und ihrem Meinungpluralismus.

Die städtische Verwaltung hat den Bürger/innen zu dienen und ihre Rechte zu wahren. Im Sinne der Charta muss die Stadt nur dort, wo Gesetze oder das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Schutz vor Diskriminierung, sei es durch Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus oder Homophobie, verletzt werden, ihre Unterstützung verwehren.

Dabei ist sie an Recht und Gesetz gebunden. Sie ist nicht befugt, Ermittlungsaufgaben zu übernehmen und damit staatsanwaltliche oder polizeiliche Aufgaben an sich zu reißen. Insbesondere ist sie

nicht befugt, Bürger/innen zu beobachten oder auszuspiionieren.

Der Antrag der CSU „Extremismusklausel für München“ zielt aber genau auf die Bespitzelung und Überwachung der Bürgerschaft ab. Denn die städtisch geförderten Initiativen und Vereine bekennen sich bereits alle in Wort und Tat zur freiheitlich demokratischen Grundordnung – sei es durch die eigene Satzung, bei der Beantragung der Gemeinnützigkeit oder ähnlichem. Das aber reicht der CSU nicht. Vielmehr sollen diese zusätzlich ihre „Vertragspartner“ durch „Literatur, Kontakte zu anderen Trägern, die jährlichen Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder“ (s. Antrag „Extremismusklausel für München“ vom 25.03.11“) auf ihre Verfassungskonformität hin überprüfen. Dies legt den Schluss nahe, dass auch die städtische Verwaltung solche Aufgaben übernehmen soll. Der Antrag der CSU „Extremismusklausel für München“ vom

MitLinks Extra zur Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Extremismus-Anträgen der Stadtrats CSU – Inhalt

Dok: Antrag der Linken: Stärkere Bürgerrechte statt willkürliche Extremismusklausel! S.1 / Verfassungswidrige „Extremismus-Anträge“ zurückweisen! (Brigitte Wolf), S.1 / Dok.: Anträge der CSU („Extremismusklausel für München“ und „Konsequent auch gegen linken Extremismus“) / Dok; Antrag der Linken: Stadtratshearing zu Rassismus im politischen Diskurs S.3 / Man wird doch wohl sagen dürfen ... (Dagmar Henn) S.3 / CSU verlangt städtischen Geheimdienst! (Orhan Akman) S.5 / Das Kafe Marat. Brutstätte des Linksextremismus oder Bestandteil urbaner Jugendkultur? (Orhan Akman / mcsu) S.6 / Bundesinnenminister schürt Ressentiments gegen Muslime (Martin Fochler) S.7 / Die Extremismusklausel der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (Nicole Gohlke, MdB).

25.03.11 ist somit verfassungsfeindlich.

Zudem wird durch diesen Antrag das Spitzel- und Denunziantentum innerhalb der Bürgerschaft gefördert. Wenn einem Bürger eine Initiative oder ein Verein meiningsmäßig nicht passt, kann er ihn künftig beschuldigen, nicht verfassungskonform zu sein.

Weiterhin hat sich die Stadt München mit der Unterzeichnung der Europäischen Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt auf bürgerliche und politische Rechte verpflichtet. Mit der Einführung einer „Extremismusklausel“ würde die Stadt München gegen die von ihr unterzeichnete Charta verstoßen und die Gewissensfreiheit der Bürgerinnen und Bürger missachten. Selbst der Amtseid der Stadträte fordert Treue zu Verfassung und Gesetzen, aber kein (Glaubens-) Bekenntnis.

Die Förderung einer pluralistischen Bürgerschaft muss ohne Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, des Alters, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung, der Sprache, der Religion, der politischen Überzeugung, der ethnischen, nationalen oder sozialen Herkunft oder des Einkommens erfolgen. Auch die Gewissensfreiheit, die individuelle und die kollektive Religionsfreiheit müssen von der Stadtverwaltung respektiert und geschützt werden.

Eine lebendige Demokratie entsteht durch bürgerschaftliches Engagement, nicht durch obrigkeitliche Kontrolle. Die Stadt dient den Bürgerinnen und Bürgern und soll ihnen vielfältige Möglichkeiten sozialer und politischer Tätigkeit und Gestaltung eröffnen. Ein Generalverdacht gegen jede Form des Engagements schützt nicht die Demokratie, er stranguliert sie.

Orhan Akman, Stadtrat Die Linke, Brigitte Wolf, Stadträtin Die Linke

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de/ne/dokumentation/detail/zurueck/archiv-98/artikel/buergerrechte-statt-willkuerliche-extremismusklausel/

DGB Vorsitzender Michael Sommer beim Palamentariertag der Linken am 26./27. Feb. 2011 in Magedburg

... Es gibt eine klare Abgrenzung gegen alles, was rechts ist. (Applaus) ... Das ist übrigens auch der Grund, warum wir nicht ruhen werden, um diese sogenannte Extremismusklausel dieser Frau Schröder wegzubekommen. Das Ding ist eine Unverschämtheit! (Applaus) Ich habe Frau Schröder übrigens geschrieben, dass ich im Unterschied zu manchen Linken – Linken jetzt nicht im Sinne von Parteipolitik verstanden – ja, ein Anhänger der freiheitlich, demokratischen Grundordnung bin. Und zwar nicht, weil ich eine Meise habe

www.linksfraktion.de/reden/wir-bekommen-politische-veraenderung-hin-wenn-wir-gesellschaftliche-veraenderung-hinbekommen/

oder so, sondern weil die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes heißt: Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit, Freiheit, Demokratieprinzip, Volksherrschaftsprinzip. Das heißt das. Das ist so übrigens auch definiert und bundesstaatliche Ordnung. Ich habe Leute wie Bärbel Bohley nie verstanden, die gesagt haben, sie haben Gerechtigkeit gesucht und den Rechtsstaat gefunden. Ich meine, der Rechtsstaat an sich ist schon eine Errungenschaft an sich, auch in Demokratien. Ich möchte an der Stelle nur

sagen, dass das, was die Frau Ministerin mit ihrem Stab da verlangt, nichts anderes ist, als die staatlich verordnete Pflicht zur Denunziation. Und das werden wir nicht mitmachen. (Applaus) Das entspricht weder dem Geist noch dem Grundsatz des Grundgesetzes und macht übrigens auch die Initiativen von unglaublich vielen jungen Menschen – das sind ja meist junge Menschen, auf die wir richtig stolz sein können, dass sie sich auch teilweise in echte menschliche und körperliche Gefahr begeben – richtig kaputt.

Kommunen und Stadtwerke fordern bessere Bedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energien

Kommunen und kommunale Unternehmen fordern einen Umbau des Energiekonzeptes für Deutschland. Sie begrüßen, dass die sieben ältesten Kernkraftwerke abgeschaltet sind und die Laufzeitverlängerung erneut zur Diskussion steht. „Kommunen und Stadtwerke sind für den Umbau des Energiesystems gut gerüstet und bieten ihre Mitwirkung an dieser zentralen Aufgabe an ...“, erklärten die Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Dr. Stephan Articus, Dr. Gerd Landsberg und Hans-Joachim Reck während einer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin. Die Energieversorgung im Zeitalter erneuerbarer Energien wird künftig deutlich weniger auf zentralen Strukturen beruhen. „Die Städte und ihre Stadtwerke sind der geborene Partner für eine dezentrale Energieversorgung der Zukunft. Sie investieren umfangreich in Zukunftstechnologien und bauen die umweltfreundliche Energieerzeugung aus, etwa durch hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Um Klimaschutz und erneuerbare Energien weiter voranzutreiben, brauchen wir faire Wettbewerbsbedingungen, gerade auch im Vergleich zu den großen Konzernen ...“. Durch die aktuelle Debatte besteht jetzt die Chance, die Bedingungen für die erneuerbaren Energien zu verbessern. Wir appellieren an die Bundesregierung, die Stärken der Städte und der kommunalen Unternehmen für eine verlässliche und sichere Energieversorgung besser zu nutzen ...“. Stadtwerke investieren aktuell über acht Milliarden Euro für rund 5 000 Megawatt Stromerzeugung. Das entspricht der Leistung von fünf mittleren Kernkraftwerken. Ein besonderer Schwerpunkt sind erneuerbare Energien sowie effiziente Gas-KWK-Anlagen, die gleichzeitig Wärme und Strom produzieren und so das Klima schonen. Kommunen und Stadtwerke stehen bereit, konstruktiv am Umbau des Energiesystems mitzuwirken. Dies geht jedoch nur, wenn wirklich alle relevanten Akteure von Anfang an in die Überlegungen der Bundesregierung einbezogen werden. Deshalb fordern der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der VKU die Bundesregierung auf, die Kommunen und Stadtwerke diesmal – anders als 2010 – auch zu entsprechenden Gesprächen einzuladen.

www.staetdetag.de

Im Folgenden dokumentieren wir die Positionen der IG Metall zur Atomkraft und zur Energiepolitik. Die IGM hat sich schon vor einigen Jahren von der Atomkraft verabschiedet. Inzwischen ist die Zahl ihrer Mitglieder im Bereich der erneuerbaren Energien wie Solar, Windkraft usw. auch sehr viel höher als in der Atomindustrie. Das gilt auch für die Arbeitgeber- bzw. Industrieverbände, die sich zudem geschäftlich mehr vom Ausstieg und Umstieg in neue Energien versprechen.

IG Metall Position zur Atomkraft und zur Energiepolitik

Mit der atomaren Katastrophe in Japan ist die Auseinandersetzung über die Zukunft der Atomenergie in Deutschland wieder neu entbrannt. Die IG Metall setzt auf eine Energieversorgung ohne Atomenergie und stellt ihre Eckpunkte für eine nachhaltige Energieversorgung vor.

Atomenergie hat keine Zukunft – Bundesregierung muss die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke zurücknehmen

Mit der atomaren Katastrophe in Japan ist die Auseinandersetzung über die Atomkraft in Deutschland wieder neu entbrannt. Die IG Metall setzt auf eine Energieversorgung ohne Atomkraft. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland lehnt die von der schwarzgelben Bundesregierung beschlossene Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ab!

Die IG Metall fordert

- die Bundesregierung auf, die im November 2010 beschlossene Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke um bis zu 14 Jahre zurück zu nehmen. Das jetzt von Merkel und Westerwelle angekündigte Moratorium reicht bei weitem nicht aus.

- den im Jahr 2000 zwischen der damaligen rotgrünen Bundesregierung und den Energiekonzernen vereinbarte Atomkonsens wieder zur Grundlage für einen geplanten Ausstieg aus der Atomenergie bis 2020 zu machen.

- die sofortige Abschaltung der ältesten Atomkraftwerke. (Darunter Neckarwestheim 1 und Biblis A und B, die nach dem 2000 vereinbarten Atomkonsens bereits seit 2010 vom Netz sein müssten.)

- einen Energiemix ohne Atomkraft, Atomenergie wird als mittelfristige Brückentechnologie nicht gebraucht.

In diesem Jahr müssen wir den 25sten Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl begehen. Tschernobyl steht nicht allein, in Harrisburgh in den USA hat es bereits 1979 einen atomaren Katastrophenfall gegeben und auch in Europa haben schwere Störfälle stattgefunden. Diese Fälle bestätigen: Atomkraft ist auch bei höchsten Sicherheitsstandards eine Hochrisikotechnologie. Absoluten Schutz vor Naturkatastrophen und Störfällen kann kein Sicherheitskonzept garantieren. Die Folgen für die Menschen sind katastrophal und die betroffenen Regionen leiden für unabsehbar lange Zeit an den Folgen. Mit dem schon heute angehäuften strahlenden Müll aus der

Nutzung der Atomenergie belasten wir zukünftige Generationen.

Sicherheits-Checks, wie sie die Bundesregierung jetzt ankündigt, sind kein ausreichendes Mittel. Wie schnell Modellrechnungen hinfällig werden können, das beweist in diesen Tagen in tragischer Weise die Atomkatastrophe in Japan. Auch in Deutschland können Naturkatastrophen, Terroranschläge oder Flugzeugabstürze nicht ausgeschlossen werden. Auch menschliche oder technische Fehler können zu Störfällen führen.

Atomenergie eignet sich nicht als Brückentechnologie, im Gegenteil sie steht neuen innovativen Lösungen und einem zukunftsfähigen Umbau der Energieversorgung im Weg.

Eckpunkte der IG Metall für eine nachhaltige Energieerzeugung

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist unverzichtbar für eine moderne Industriegesellschaft. Energie ist eine der tragenden Säulen. Einer funktionsfähigen und klima- und ressourcenschonenden Energieversorgung kommt deshalb eine wachsende strategische Bedeutung zu. Dabei ist schon heute erkennbar, dass die Erzeugung und der Einsatz von Energie einem enormen technologischen Wandel unterliegen werden.

Was sind die Eckpunkte für einen zukunftsfähigen Umbau der Energieversorgung aus Sicht der IG Metall:

1. Ausbau der erneuerbaren Energien hat Vorrang

Die IG Metall tritt für eine ökologisch nachhaltige Innovationsstrategie in der Energiepolitik ein. Die erneuerbaren Energien sind die tragenden Säulen einer kohlenstoffarmen Energieversorgung der Zukunft. Ziel ist es bis 2050 bei der Stromerzeugung den Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare zu schaffen. Die erneuerbaren Energien müssen die Leittechnologie sein und die konventionellen Energieträger daran gemessen werden, ob sie den Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützen. Der Ausbau der Er-

neuerbaren Energien ist ein Beispiel für die neuen grünen Leitmärkte und zeigt deren wachsende Bedeutung als zukünftiger Wirtschaftsfaktor. Vor allem die Windkraft und die Photovoltaik haben in den letzten 20 Jahren den Sprung vom Nischenmarkt hin zu innovativen Industriebranchen geschafft, die sich in Deutschland entlang der gesamten industriellen Wertschöpfungskette entwickelt haben. Die Politik muss auch in Zukunft mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) einen stabilen Entwicklungspfad für die Erneuerbaren Energien vorgeben. Das politische Tauziehen um die 2011 anstehende Revision des EEG wird wieder die Verteilungskämpfe in der Energiewirtschaft offen legen, wie wir sie zuletzt bei der Durchsetzung der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke erlebt haben. Die IG Metall setzt sich dafür ein, das EEG in seiner Wirkung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu erhalten.

2. Innovative, hocheffiziente Kraftwerkstechnologie statt Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke

Konventionelle Stromerzeugung wird noch über mehrere Jahrzehnte gebraucht werden. Nicht nachhaltig wäre ein Energiemix mit alten Kohlekraftwerken, die mangels Neubau länger am Netz bleiben und Strom ineffizienter und klimaschädlicher erzeugen, als dies durch heute bereits verfügbare Technologie möglich ist. Die IG Metall setzt deshalb auf eine grundlegende Modernisierung durch neue hocheffiziente Kohle- und Gaskraftwerke und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Mit der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke hat die Politik dazu keinen Beitrag geleistet. Im Gegenteil, sie zementiert alte Erzeugungsstrukturen und geht zu Lasten einer Modernisierung des Kraftwerksparks in Deutschland. Die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke wird zur Innovations- und Investitionsbremse.

3. Die Steigerung der Energieeffizienz hat enorme Potenziale – klimapolitisch und beschäftigungspolitisch

Die drastische Steigerung der Energieeffizienz und der Umstieg auf eine kohlenstoffarme Energieerzeugung sind die zwei Seiten einer Medaille. Die IG Metall fordert von der Politik konkrete Maßnahmen, damit das selbstgesetzte Ziel einer Verdoppelung der Energieproduktivität auch erreicht werden kann, wie etwa die Einführung eines Energieeffizienzfonds und den Ausbau der Förderung für die energetische Gebäudesanierung. Die Steigerung der Energieeffizienz ist auch der kostengünstigste Weg für eine nachhaltige Energieversorgung und ein Beitrag für zukunftssichere Arbeitsplätze.

Zahlreiche Studien zeigen über alle Betriebe hinweg liegen die wirtschaftlichen Potenziale zur Energieeinsparung zwischen 10 und 20 Prozent der Energiekosten. Zu den Branchen, in denen energieeffiziente Technologien und Produkte zunehmend relevant sind, zählen Transport und Verkehr, Gebäudetechnik, Maschinen- und Anlagenbau, Informationstechnologien, energieintensive Industrien und die Energiewirtschaft.

4. Investitionen in Netz- und Speichertechnologien

Ein weiterer Ausbau der Erneuerbaren Energien geht nicht ohne Veränderungen bei den bestehenden Netzen und ohne den Ausbau von Speichertechnologien. Deshalb ist die Weiterentwicklung der Stromnetze und der Bau neuer Energiespeicher ein Schlüssel für den nachhaltigen Umbau der Energieversorgung. Das reicht von neuer Hochspannungsübertragungstechnik über das Einspeisemanagement dezentraler Energieerzeugungsanlagen bis zu flexibler Mess- und Steuerungstechnik für Stromverbraucher. Der Ausbau von Netzen und Speicher stellt eine der größten Herausforderungen für den Strukturwandel in der Energieerzeugung dar.

5. Der Strukturwandel in der Energieerzeugung muss mit einer arbeitsorientierten Industriepolitik begleitet werden

Der Umbau der Energieerzeugung ist nicht nur eine technologische Herausforderung, sondern muss auch sozial begleitet werden. Neben den wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Chancen, die sich bei den Erneuerbaren Energien ergeben, muss es dort wo Beschäftigte von Abbau und Schließung betroffen sind Lösungen durch Sozialtarifverträge und eine regionale Strukturpolitik geben, die neue Perspektiven für Beschäftigung aufbaut. Der Strukturwandel muss durch eine aktive arbeitsorientierte Industriepolitik der Bundesregierung und auf europäischer Ebene begleitet werden, die darauf abzielt die regionale Wertschöpfung und Beschäftigung in der Energieerzeugung zu erhalten. Damit der Strukturwandel auch für die Beschäftigten eine wirkliche Perspektive aufzeigt, müssen gute Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen in den neuen Branchen der Erneuerbaren Energien einen hohen Stellenwert bekommen. Ziel der IG Metall ist es bei den Erneuerbaren Energien betriebliche Mitbestimmung und tarifliche Bezahlung in viel mehr Betrieben als dies zurzeit der Fall ist durchzusetzen.

Wirtschaft aktuell. Herausgeber: IG Metall Vorstand – Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik- 60519 Frankfurt am Main -16. März 2011 Kontakt: www.igmetall.de/download -Tel.: +49(69)6693-2091 – Fax: +49(69)6693-80-2091

Wirtschaft kritisiert Mangel an Rechtsstaatlichkeit bei Kartellbehörden. FAZ, Sa. 19.3.2011.

Zur Bekämpfung von schweren Wettbewerbsbeschränkungen, den so genannten Hardcore-Kartellen, wenden die Kartellbehörden seit 10 Jahren informelle Verfahren, wie z.B. die Bonusregelung, eine Art Kronzeugenregelung, die einvernehmliche Beendigung des Verfahrens (Settlement) sowie Verpflichtungszusagen der Unternehmen an. Verstöße würden dabei in der Regel weniger scharf geahndet als im klassischen Verfahren. „Unsere Erfahrungen sind ausgesprochen positiv“, sagte A. Mundt, Präsident des Bundeskartellamts. „Es ist uns gelungen, vermachete Märkte zu öffnen“. So hätten Verpflichtungszusagen im Fall langfristiger Gaslieferverträge schnell zu hohen Rückzahlungen an Verbraucher geführt. Die Erstattungen für überhöhte Preise beliefen sich auf insgesamt 400 Millionen Euro. Er wies die Vorwürfe des BDI-Hauptgeschäftsführers Schnappauf zurück, die Verfahren seien intransparent, beeinträchtigten Verfahrensrechte und seien rechtsstaatlich problematisch. So gebe es z.B. beim Verfahren der Sektoruntersuchungen Anhörungsrechte der Unternehmen.

Behindertenwerkstätten konkurrieren ganz normal. FAZ, Mo., 21.3.2011. Die Geschäftsführerin der Gemeinnützigen Werkstätten und Wohnstätten GmbH (GWW), A. Stratmann, sagt: „Wir haben keinen Bonus“. Die Behindertenwerkstätten konkurrierten ganz normal mit Wettbewerbern um Aufträge von Zulieferern oder Herstellern z. B. in der Autoindustrie. Die Mitarbeiter der GWW verdienen durchschnittlich 461 Euro/Monat. Bundesweit gibt es rund 700 Hauptwerkstätten für behinderte Menschen mit ca. 2500 Betriebsstätten mit 285 000 behinderten Beschäftigten. Sie werden von etwa 70 000 Fachkräften unterstützt. Der Gesamtumsatz wird auf zwei Milliarden Euro geschätzt.

Zeitarbeitsfirmen müssen Mindestlohn bezahlen. FAZ, Sa. 26.3.2011. Die rund 900 000 Zeitarbeitbeschäftigten in Deutschland erhalten einen Mindestlohn. Der Bundestag beschloss am 24.03.2011 eine entsprechende Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Damit werden Mindestlöhne in Höhe von 7,79 € im Westen und 6,89 € im Osten vorgeschrieben. – Managermagazin, Fr. 01.03.2011. Die vordergründig entspannte Reaktion der Zeitarbeitsfirmen hat v.a. zwei Gründe. Erstens war die ... Forderung einer gleichen Bezahlung von Zeitarbeitern und Stammbeschafteten nicht Gegenstand der Gesetzesänderung. Zum anderen scheint die Gefahr osteuropäischer Dumpinglöhne ab 1. Mai 2011 gebannt.

Zusammenstellung: rst

Tamim Ansary: „Die unbekannte Mitte der Welt – Globalgeschichte aus islamischer Sicht“

Wer sich in der gegenwärtigen Lage wachsender Widerstände und Aufstände in den arabischen Staaten gerne auch über das Aktuelle hinaus einen Blick in die Geschichte dieser Länder werfen und die Ursachen für das arabische Problem verstehen möchte, dem sei dieses Buch sehr empfohlen. Geradezu begeistert von dem Buch „Die unbekannte Mitte der Welt“ mit dem Untertitel „Globalgeschichte aus islamischer Sicht“ von Tamim Ansary äußert sich auch der „humanistischen Pressedienst“ (hpd): „Es ist ein Buch, dessen Reiz und Wahrhaftigkeit darin liegt, dass es die Entwicklungen mit den Augen gebildeter Schichten der islamischen Welt betrachtet und uns Abendländern nahe bringt“. Dem möchte ich voll zustimmen.

Wie der Autor zu seiner arabischen Geschichte kam

Tamim Ansary wurde in Kabul in Afghanistan geboren, kam aber bereits als Kind in die USA. Er entstammt einer alten angesehenen Familie, deren Urahn ein verehrter muslimischer Mufti war, dessen Grab noch heute von vielen Gläubigen als Heiligtum verehrt wird. Seine Mutter war eine christlich-jüdische Frau. Er betreibt in Texas einen Schulbuchverlag, hält Vorlesungen an amerikanischen Universitäten und hat zahlreiche Bücher zu Fragen arabisch-islamischer Kultur und Politik geschrieben.

Vor zehn Jahren wurde er gebeten, an einer Ausgabe der Weltgeschichte für den texanischen Schulunterricht mitzuwirken und hatte dabei sein Schlüsselerebnis. Konnte man denn überhaupt – nach dem Muster des Historikers Toynbee, dem er als Kind in Lashkargah begegnet war – eine Geschichte für die ganze Menschheit und damit auch für jeden Einzelnen schreiben? Nach längerem Tauziehen zwischen den Vertretern des Ministeriums und ihm erhielt der Islam von dreißig Kapiteln lediglich ein einziges zugesprochen. Mit der Begründung, der Islam habe bereits seit der Renaissance vor 500 Jahren an Bedeutung verloren und sei nur mehr eine Randerscheinung der Weltgeschichte geworden. Ansary machte sich daran, diese typisch westliche Weltsicht zu überprüfen. „Wie zwei parallele Universen haben der Westen und das islamische Kernland Jahrhunderte lang nebeneinander existiert und einander ignoriert. Jedes hat sich selbst für den Mittelpunkt der Weltgeschichte gehalten“, schreibt er und verfasst eine „vollkommen eigenständige und alternative Geschichte

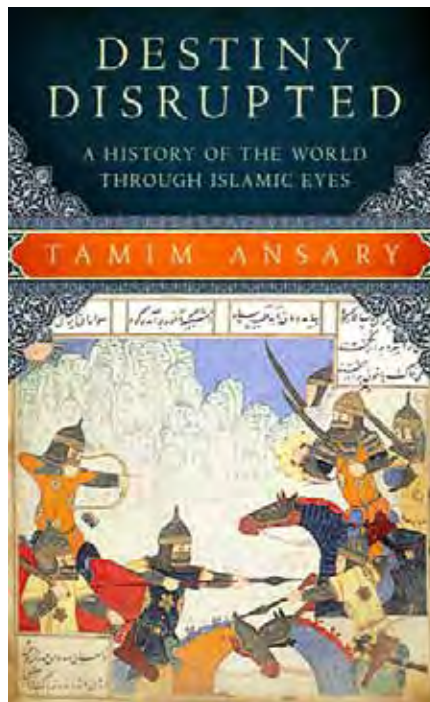
der Welt, eine Konkurrenzerzählung“. Dabei versteht er sich selbst auf keinen Fall als Missionar. Zumal er kein praktizierender, sondern eher ein laizistischer Muslim ist.

Sein lebendiger, erzählerischer und manchmal auch ironischer Stil lässt das Studium seines Werkes zu einem vergnüglichen Leseereignis werden. Wohl hat er seine Informationen aus wissenschaftlichen Werken zusammengetragen, aber es handelt sich nicht um eine akademische Abhandlung mit bahnbrechenden Neuigkeiten und entsprechenden Fußnoten. Mit einem zutiefst aufklärerischen Ansatz stellt er anekdotenreich Lebensläufe als „menschliches Drama“ nebeneinander, verbindet wichtige Ereignisse von Epochen und Ländern in Ost und West miteinander und macht wirtschaftliche und soziale Gegebenheiten und deren Veränderungen verstehbar. Aber vor allem geht er großen Problemen und Zusammenhängen auf den Grund. Ausführlich behandelt er die Fragen, wie es im Islam mit dem Verhältnis von Offenbarung und Vernunft steht, warum es dort keine Reformation und in deren Folge keine Aufklärung geben konnte, warum der Islam als einst fortschrittliches Land im Mittelalter seine naturwissenschaftliche Überlegenheit einbüßte und warum die arabische

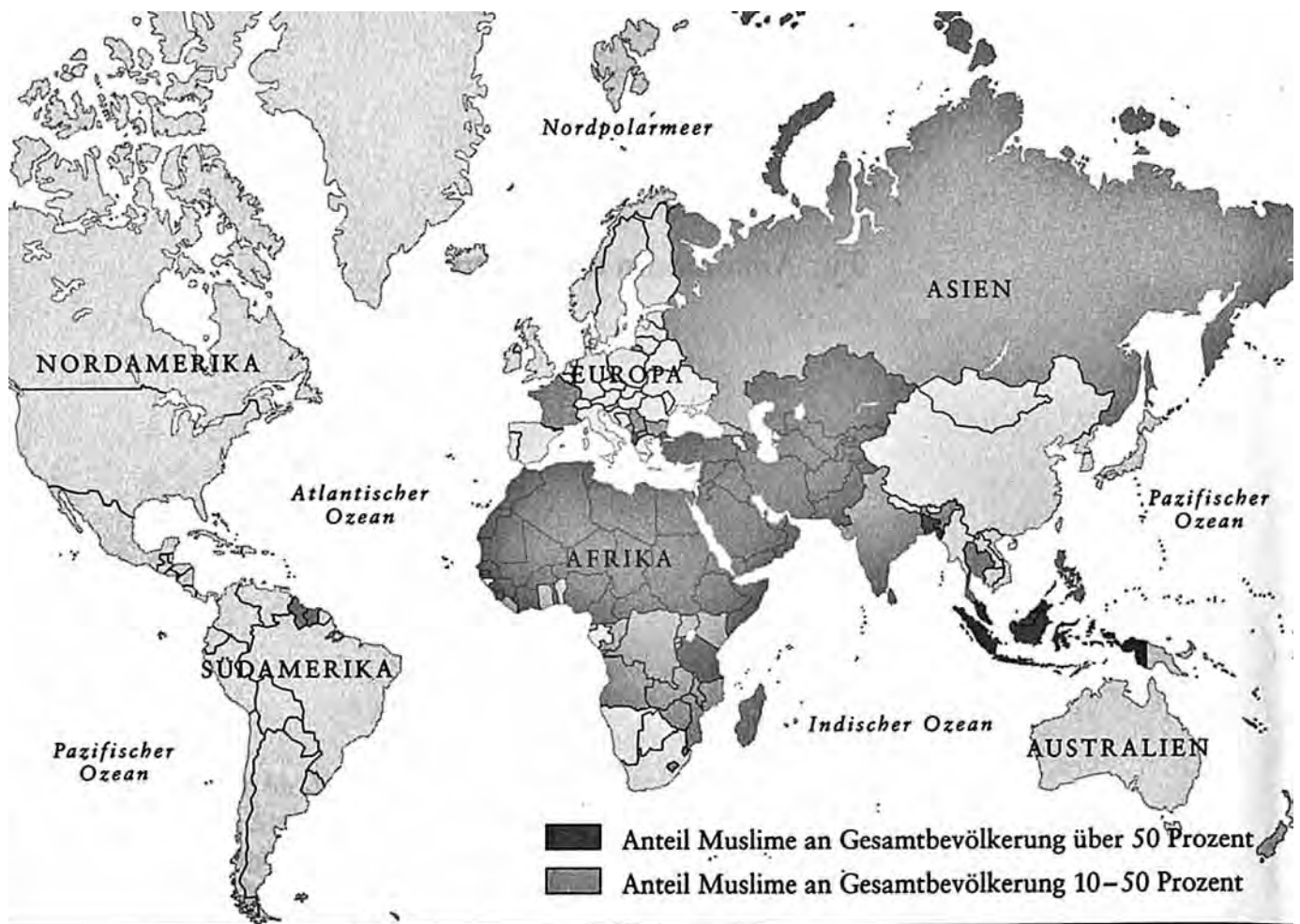
Welt in der Neuzeit dem europäisch-amerikanischen Kolonialismus unterworfen werden konnte. Wer mehr über die Wurzeln so mancher Konflikte im Nahen Osten erfahren will und weiß, dass das ewige ideologische Konfrontationsverhalten „wir gegen die“ zu nichts führt, dem seien diese 350 Seiten empfohlen. Aus seinem Buch werde ich zunächst zwei wichtige Epochen dieser Weltgeschichte darstellen und dann als thematische Besonderheit die Frage nach der Entstehung, Funktion und Deutung des Dschihad untersuchen.

Drei Alte Welten und eine Mitte

Im 10. Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung (v.u.Z.) beginnt weltweit die Entwicklung der jungsteinzeitlichen Agrarwirtschaft. Wo zuvor nur Gruppen von Jägern und Sammlern durch die Lande zogen, gab es jetzt umherstreifende Hirten und sesshafte Bauern. In Europa, Arabien und Asien entstanden daraus die ersten großen Frühen Zivilisationen der Welt: am Nil in Ägypten, zwischen dem Euphrat und Tigris in Mesopotamien, am Indus in Indien und am Huang-Ho in China. Die Kontinente Amerika, Afrika und Australien blieben davon ausgenommen. Europa folgte ab 3 000 v.u.Z. mit der Antike (Kreta, Griechenland, Italien) dieser Entwicklung. In der Mitte dieser drei Blöcke lag das später und auch heute so genannte orientalisch-arabisch-islamische Gebiet – die „Mitte der Welt“ oder die „Welt der Mitte“, wie Ansary sie bereits in seinem ersten Kapitel so benennt, die „Wiege der Zivilisation“. In ihr werden das Rad und die Keramik erfunden, die Schrift und die Zahlensysteme entworfen und mit der wissenschaftlichen Arbeit von Astronomie und Medizin begonnen. Während China jenseits des Himalaja geografisch abgeschlossen bleibt, entwickeln Europa und der Orient schon bald je ein eigenes Netz von zahlreichen Handelsstraßen – die Europäer auf dem Mittelmeer zur See und die Orientalen auf dem Landweg zwischen der Arabischen Halbinsel und Indien und treten dabei an ihren Rändern in Kontakt miteinander. Die Nahtstelle bildet dabei die östliche Mittelmeerküste, an der Kreter, Griechen, Römer, Ägypter, Phönizier, Perser und viele andere, sich mal friedlich begegnen, mal militärisch konkurrieren und oft freiwillige oder erzwungene Umsiedlungen betreiben. Typisch bis heute hin, so meint der Schriftsteller.



Die amerikanische Ausgabe des Buches „Die Mitte der Welt. Globalgeschichte aus islamischer Sicht.“



Die islamische Welt heute

Das mohammedanische Reich entsteht

Im 7. Jahrhundert wandelt sich der religiöse, kulturelle und politische Zustand der „Welt der Mitte“ grundlegend und wird zu dem, was sie heute noch für uns ist: eine islamisch-arabische Welt. Der ehemalige Händler Mohammed war ein Mitglied der Haschimiten, eines wenig anerkannten Zweiges des Stammes der Kouraisch. Nun tritt dieser unbedeutende Mann, dessen Existenz auch noch auf dem Kapital seiner Frau basierte, aufgrund seiner Offenbarungserlebnisse plötzlich vehement als der Prophet auf, der seine Stammesgefährten für einen einzigen und alleinigen Gott Allah gewinnen will. „Es gibt nur einen Gott. Unterwerft euch Seinem Willen oder ihr werdet verdammt sein.“ In Mekka ist das nicht nur religiös provozierend, sondern auch wirtschaftlich schädlich. Die Stadt und die Stämme leben von der polytheistischen Vielfalt der Götterwelt, die hier am schwarzen Meteoritenstein, der Kaaba, ihre zahlreichen Feste zelebrieren. Nach einer Morddrohung muss Mohammed 622 n.u.Z. mit seinen wenigen Gefährten von Mekka nach Medina fliehen. Es ist die berühmte Hedschra und der Beginn einer späteren islamischen Zeitrechnung. Als er kurze Zeit später erfolgreich in seine Geburtsstadt zurückkehren kann, gründet er dort

an dem alten heidnischen Kaaba-Stein das neue Zentrum des Islam, mitten in Arabien, mitten in der Mitte der Welt. Von hier aus wird nicht nur die politische, kulturelle und religiöse Zersplitterung der arabischen Stämme aufgehoben, sondern auch die Grundlage für die zukünftige islamische Weltreligion und die vielen islamischer Weltreiche und Staaten gelegt. Diese gibt es dort bis heute hin.

Erfolg im Glauben und Erobern

Was ist das Erfolgsrezept der schnellen Ausbreitung des Islam?

Noch zu Lebzeiten legt Mohammeds für alle Gläubigen die Prinzipien von Glauben und Leben für seine Anhänger fest. Die nun bald so genannten Muslime haben die Pflicht, die „fünf Säulen des Islam“ zu beachten: das fünfmalige tägliche Gebet, die einmalige Pilgerfahrt nach Mekka, das vierwöchige Ramadan-Fasten, die Wohltätigkeit gegenüber den Armen und das Bekenntnis zu Gott. Diese und weitere zahlreiche Festlegungen – wie man sich reinigt, was man (nicht) essen und trinken darf, wie es mit Ehe und Scheidung steht – werden mündlich von ihm getroffen und in den folgenden Jahrzehnten und Jahrhunderten schriftlich von seinen Nachfolgern im Koran und der Hadith überliefert. Da die Heilige Offenbarung

nur in der heiligen arabischen Sprache verbreitet und gelesen werden darf, folgt die islamisch-arabische Kultur der Religion auf dem Fuße.

Von Anfang an geht es in den Richtlinien des Propheten aber auch um die politische Verpflichtung, ein neues größeres Staatswesen zu schaffen – anders als es vergleichsweise Jesus und seine Jünger anstrebten. Im Laufe weniger Jahrzehnte breitet sich die islamische Religion daher blitzartig über die ganze östliche „Welt der Mitte“ aus bis an die Grenzen Chinas, erreicht den Norden Afrikas und den südlichen Teil der westlichen Welt in Spanien, Frankreich und Italien. Die gegenüber den umliegenden vom Feudalismus und Unterdrückung geplagten Völkern vertretene neue Moral der Gemeinschaft, Gerechtigkeit, Anstand, Harmonie, demokratische Beteiligung an politischen Entscheidungen, Gleichheit und Mitgefühl finden bei den unteren Schichten der Bevölkerung bald Zustimmung. Und in dieser frühen Zeit der ersten Kalifen mögen diese Ideale auch weitestgehend praktisch eingehalten worden sein. Jedenfalls sieht Ansary das vor allem bei dem von ihm besonders geschätzten zweiten Kalifen Omar so. Den Herrschenden wird jedoch gedroht, wenn sie sich nicht freiwillig unterwerfen. Ihre privaten und staat-

lich gehorteten Schätze werden geraubt und der zentralen Kasse in Damaskus zugeführt sowie den kämpfenden Soldaten überlassen.

Der Dschihad zur Verbreitung des Islam

In der öffentlichen Diskussion im heutigen Westen wird vor allem der Dschihad heraufbeschworen, wenn es darum geht, die – erfolgreiche – Aggressivität des Islam zu erklären. Die Anschläge auf das World Trade Center 2001 haben bewirkt – so Ansary in seiner Einleitung –, dass einerseits der Islam und die arabische Welt überhaupt wieder ernst genommen wurden und andererseits eine Vorstellung von ihrer Religion und Politik davon geprägt ist, Fundamentalismus und Dschihad bestimmten ihre Welt. Was eine verkürzte Missdeutung ist, so Ansary. Wie sich der Dschihad (mit „Krieg“ oder nach Ansary besser mit „Kampf“ zu übersetzen) im Laufe der Weltgeschichte des Islam entwickeln konnte, ist daher die Frage, der wir in seinem Buch beispielhaft nachgehen wollen.

Zu Mohammeds Zeiten gilt es als legitim, den Dschihad anzuwenden, um das eigene Überleben und das seiner verwandten Brüder und befreundeten Anhänger zu sichern, sowie deren Vermögen zu verteidigen gegenüber der aggressiven Verfolgung durch feindliche (damals ebenfalls verwandte) Stämme und ihre Verbündeten. „Als Mohammed die Führung übernahm, wies er die Menschen an, in Frieden zusammenzuleben. Was nicht heißt, dass Muslime die Gewalt ablehnten, im Gegenteil, diese Gemeinschaft zögerte nie, sich zu verteidigen.“

Nach Mohammeds Tod 632 n.u.Z. übernehmen die nachfolgenden Kalifen dieses Prinzip der berechtigten Verteidigung fast „automatisch“ und übertragen den Gedanken des Dschihad auch auf die nun folgenden kriegerischen Auseinandersetzungen zur Eroberung der umliegenden Länder. Gegen weitere zu gewinnende Stämme auf der Arabischen Halbinsel, gegen das christliche Byzanz, das sich ihm im Norden in den Weg stellt und gegen die Sassaniden, nach deren Besiegung Persien erobert werden kann. Doch wird die militärische Eroberung strikt von der Bekehrung getrennt. Der zweite Kalif Omar rechtfertigt dies bereits zu Beginn der Dynastie der Omayyaden im 7. Jahrhundert. Dabei wird betont, dass nach innen aber Frieden herrschen und der anfängliche Stammeskrieg aufhören muss.

Die Maßnahme des Dschihad wird auf keinen Fall gegenüber der Bevölkerung eines eroberten Landes angewendet. Keiner wird „mit dem Schwert“ zwangsbekehrt. Vor allem Juden und Christen als Vertreter einer monotheistischen Abrahams-Religion mit schriftlichen Quellen werden als dem

Islam verwandte Religion geachtet. Ihre Vertreter müssen nur eine besondere Steuer an den islamischen Staat zahlen. Und die ist für Christen und Juden meistens geringer, als das, was ihre alten Herren ihnen abgenommen haben. Der Islam hat im übrigen die fremden Völker gerne angenommen, besonders wenn sie als Händler in ihr Reich kamen. Denn im Islam sind einige monetäre Verhaltensweisen verboten, sie dürfen „eigentlich“ keinerlei Zins nehmen und keinen Wucher treiben. Ein uns bekanntes Phänomen aus dem Mittelalter im Verhältnis von Christen und Juden.

Bei bedrohlichen Angriffen im Laufe der Jahrhunderte wird die Idee des Dschihad neu formuliert. So z.B. als 1090 die europäischen Kreuzfahrer mordend, brennend und besitzergreifend in das damals wenig geeinte Reich der Muslime ins Heilige Land und nach Jerusalem aufbrachen. Saladin schaffte es, sein Volk unter den Ayyubiden wieder zu einigen. Danach belebt er die etwas in Vergessenheit geratene Idee des allgemeinen Dschihad – diesmal gegen die Ungläubigen und kann damit die Frandsch-Feinde (aus Franken, Frankreich stammend) erfolgreich vertreiben.

Der Dschihad wird zum Kampf Muslim gegen Muslim

Von Anfang an gibt es im Islam Widersprüche und Kämpfe um die persönliche Nachfolge Mohammeds und später die der Kalifen, der obersten Herrscher der arabischen Welt. Die Frage war – ähnlich bei der Nachfolge von Jesus und seinen Jüngern – sollte eher ein naher Verwandter Mohammeds (er hinterließ nur eine Tochter) oder einer der ersten Anhänger dazu berechtigt sein? Nachdem noch die ersten drei Kalifen in der Nachfolge einigermaßen einmütig gewählt und anerkannt werden können, gibt es ab ca. 650 n.Z. zwischen den islamischen Clans wegen wachsender ideologischer und politischer Auseinandersetzungen heftigen Streit. Das Reich expandiert gewaltig, der Reichtum wächst, erste Landkäufe werden erlaubt, die Steuern werden erhöht, fremde Völker kommen mit eigener hoher Kultur und Sitte zu den kulturell eher weniger gebildeten Arabern hinzu. Die bis heute gültige Trennung zwischen den orthodoxen Sunniten (von Sunna = Anerkennung der Schrift der Hadith und die Wahl des Statthalters Muawiyah) und den Schiiten (von Schia – Partei und für die Abstammungs-Wahl von Ali) nimmt ihren Anfang. Für den Dschihad bedeutet das: es werden jetzt auch solche Kämpfe als berechtigter Dschihad anerkannt, in denen sich verschiedene Fraktionen des Islam begegneten und sich blutig bekämpfen.

Gestärkt wird dieses Vorgehen durch

den syrischen Juristen Ibn Taimija, im 13. Jahrhundert angetreten im Kampf gegen die den Kreuzfahrer nachfolgenden Mongolen, die noch viel grausamer Weise die islamische Welt zwischen Kabul, Bagdad und Damaskus zugrunde richteten und besetzten, ließ er verlauten, man dürfe auch solche töten. Es waren nämlich unter den Mongolen viele, die dem Islam angehörten. Wer – allgemein gesprochen – ein Ketzer, Abtrünniger oder Spalter war, durfte bekämpft und getötet werden, um das Reich und den einzig wahren ursprünglichen Glauben zu festigen. Diese Auslegung blieb damals keineswegs unwidersprochen. Eindeutig nimmt auch Ansary Stellung, indem er schreibt: „Seine (Taimijas) Auslegung gibt nicht den ‚wahren‘ Islam wieder, weder im 13. Jhd. noch heute.“ Diese unter den mongolischen Horden entstandene Ausnahme-situation hatte 400 Jahre lang keine größeren Folgen. Erst in unseren Tagen wird diese Vorstellung eindringlich von den Fundamentalisten und ihren verschiedenen Gruppierungen vertreten und umgesetzt.

Als um das Jahr Tausend herum das große islamisch-arabische Reich in drei Kalifate (die Abbasiden in Bagdad für Persien bis nach Afghanistan, die Omayyaden in Spanien, die Fatimiden in Ägypten) viele kleine Emirate, Scheichtümer und zahlreiche Regionalfürsten zersplittert, treten die auch in Europa sehr bekannt gewordenen Assassinen („der Alte vom Berge“ oder auch die Idee des Gralshüters) auf den Plan. Sie werden im Westen wegen ihrer schrecklichen gezielt vollzogenen politischen Morde gerne als Vertreter des Dschihad angesehen. Ihre Aktionen haben auch eine gewisse Ähnlichkeit mit den gegenwärtig stattfindenden „terroristischen Anschlägen“. Diese Geheimbünde beginnen unter dem „ruchlosen Genie“ Hassan-i Sabbah mit systematischen öffentlichen politischen Morden an Kalifen, hohen Beamten, Fürsten, Religionsgelehrten und Abtrünnigen – möglichst in der Öffentlichkeit, vor allem zur Zeit des heiligen Freitagsgebets. Dies hat aber ideengeschichtlich nichts mit dem Dschihad zu tun, auch wenn ihre Angriffsform den heutigen Selbstmordanschlägen gleicht.

Einige der modernen Gruppierungen der islamisch-arabischen Welt, die sich in neuester Zeit unmissverständlich auf den Dschihad berufen, sind ab den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in der arabischen Welt gegen die kapitalistische und dekadente westliche Welt entstanden. Sie leisten bewusst Widerstand mit der Berufung auf den Koran, seine Kämpfe und Kriege zur Erhaltung des „wahren Islam“. Es geht dabei im weitesten Sinne um die Muslimbrüder. Enttäuscht von den Niederlagen des ägyptischen Nasser-Regimes gegenüber dem israelischen Aggressor

bildeten sie in den umliegenden arabischen Staaten zahlreiche Gruppierungen, die den Dschihad erneut auf ihre Fahnen schrieben. So entstanden z.B. der Islamische Dschihad unter Aiman az-Zawahiri in Ägypten, der Saudi-arabische Dschihad unter Osama bin Laden in Saudi-Arabien und in Afghanistan ging der palästinensische Einzelkämpfer Abdallah Azam gegen die „Feinde des Islam“ vor. Sie propagieren den politischen Mord und rufen zu Selbstmordattentaten auf und erfinden dazu eine sechste Säule des Islam: „Der Dschihad sei nicht nur eine Pflicht für jeden Muslim, sondern die sechste Säule des Islam und stehe auf einer Stufe mit Gebet, der Pilgerfahrt, dem Fasten, der Wohlfahrt und dem Bekenntnis zu Gott... Er sei das Einzige, was einen Gläubigen von einem Ungläubigen unterscheidet. Nach seiner Doktrin sind alle, die sich nicht am Glaubenskrieg beteiligen, Feinde des Islam.“ Solche Muslime dürfen also von den „wahren“ Glaubensgenossen getötet und vernichtet werden.

Gut analysiert, wohl begründet, aber ungelöst.

In seinem Nachwort greift Ansary diese hier besonders behandelte bedeutende, aktuelle und im Islam widersprüchlich diskutierte Frage noch einmal auf: „Andererseits höre ich oft von liberalen Muslimen in den Vereinigten Staa-

ten, der Dschihad bedeute einfach, „zu versuchen, ein guter Mensch zu sein“. Dabei schwingt immer die leise Anklage mit, dass nur engstirnige Islamhasser behaupten, dieser Begriff hätte irgendetwas mit Gewalt zu tun. Dabei übersehen sie geflissentlich, was das Wort Dschihad im Laufe der Geschichte für Muslime bedeutet hat, beginnend mit der Zeit des Propheten Mohammed selbst. Wer behauptet, der Dschihad habe nichts mit Gewalt zu tun, der muss die Kriege erklären, die die ersten Muslime unter dem Banner des Dschihad geführt haben. Und wer meint, dass die ersten Muslime zwar bestimmte Ansichten gehabt haben mögen, dass wir modernen Muslime aber das Recht hätten, das Wort Dschihad (und andere zentrale Begriffe des Islam) vollkommen neu zu definieren, der muss sich mit der Lehre auseinandersetzen, die Muslime im Laufe der Jahrhunderte formuliert haben: Dass der Koran, Mohammeds Wirken als Prophet sowie das Leben, die Taten und Worte seiner Gefährten in der ersten muslimischen Gemeinschaft eine Offenbarung des göttlichen Willens darstellen, und dass kein Mensch die Gesetze und Bräuche dieser ersten Gemeinschaft verbessern kann. Aufgrund dieser Lehre waren sämtliche muslimischen Reformer gezwungen, zu versichern, dass sie mit ihrem Vorschlag in Wirklichkeit keine Neuerung einführen, sondern nur die



Tamim Ansary, ein arabisch-islamischer Schriftsteller aus den USA

ursprüngliche Bedeutung wiederherstellen wollten.“

Wie in diesem Fall bleiben viele Probleme des Buches gut analysiert, wohl begründet, aber ungelöst. Wie im wirklichen Leben, in der Religion und der Politik, im Westen, in der Mitte und im Osten.

Edda Lechner

Tamim Ansary: Die unbekannte Mitte der Welt. Globalgeschichte aus islamischer Sicht.

Übersetzt aus dem Englischen von Jürgen Neubauer.

Campus Verlag, Frankfurt a. M. 2010.

367 Seiten, 24,90 EUR.

ISBN-13: 9783593388373

Leseempfehlung 2

Die Panikmacher – eine Streitschrift gegen antiislamische Glaubenskrieger

Die im Oktober 2010 veröffentlichte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte in der Krise“ weist eine in allen Teilen der Gesellschaft ausgeprägte und zunehmende Abwertungsbereitschaft gegenüber „Fremden“ aus, nicht zuletzt in den Zustimmungswerten zu islamfeindlichen Positionen. Der Aussage „ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Araber unangenehm sind“ stimmen 55,4% der Deutschen zu. Der Aussage „für Muslime in Deutschland sollte die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden“ stimmen 58,4% zu, in Ostdeutschland sogar 75,7%. „Der moderne Rechtsextremismus“, schreiben die Autoren in einer Pressemitteilung, „zeigt sich hier in einer kulturalistischen Begründung, die sich an die traditionellen biologistisch-rassistischen Begründungen anschließt.“

Auf der Website des Bundesministeriums des Inneren konnten Anfang März Bürgerinnen und Bürger dem Minister „Fragen“ zum Thema Integrati-

on und Vielfalt stellen. Hier findet sich u.a. das gesamte Abc islamfeindlicher Pauschalbehauptungen. Drei Beispiele: „Ist die angestrebte ‚Vielfalt‘ nicht ein frommer Wunschgedanke, der mit Muslimen, die unsere Rechtsordnung wegen des Islam einfach nicht anerkennen können und dürfen, nicht pure blauäugige Illusion“, fragt „Ulli“ am 3.3. (Fehler im Original). „Ist es richtig, dass viele Muslime deutsche Transferleistungen als selbstverständliche Abgabe der Ungläubigen ansehen (dschyt-zia)?“, so „Ken und Marco“ am 4.3. Und am 7.3. weiß „Ted“: „Warum wird den muslimischen Vertretern auf den Islamkonferenzen immer alles geglaubt, was sie sagen, wo doch in heiligen islamischen Schriften deutlich steht, dass man die Ungläubigen (Kafir) bewusst belügen und betrügen darf (Taqiyya)?“

Ausländerfeindlichkeit und Rassismus sind bei weitem keine neuen Phänomene in Deutschland. Neu ist die Art und Weise, wie sie intellektuell anschlussfähig geworden sind. Dies dürf-

te einer der wesentlichen Faktoren für die gefährliche Entwicklung sein, die die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung belegt. Umso verdienstvoller ist das jüngst erschienene Buch des Feuilletonchefs der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Patrick Bahners „Die Panikmacher“, eine „Streitschrift“ gegen die populistische Islamkritik und ihre intellektuellen, politischen, theologischen oder feministischen Protagonistinnen und Protagonisten: ob Thilo Sarrazin, Peter Sloterdijk, Necla Kelek, Alice Schwarzer, Ralph Giordano, Henryk M. Broder, Bassam Tibi oder Kristina Schröder.

Ausführlich, detailliert und scharfsinnig setzt sich Bahners mit den Leitmotiven und Argumentationssträngen der Islamkritik auseinander. Er entkräftet, entlarvt, zerlegt, widerlegt. Rezensenten seines Buchs werfen ihm – wenn nicht Schlimmeres – vor, er lasse jedes „gesunde Misstrauen“ gegenüber den Vertretern des Islam vermissen. Bahners selbst umreißt in

einem „Zeit“-Interview seine Grundposition als „religionsfreundlichen Liberalismus ...“, der davor warnt, die Säkularisierung des Staates mit der Säkularisierung der Gesellschaft zu verwechseln“. Er sehe sich nicht als Apologeten sämtlicher Formen des islamischen Lebens in Deutschland, sondern ihm gehe es um eine Kritik der Öffentlichkeit, wie diese über den Islam und seine Lebensformen spricht. (1)

Aber ist nicht die Islamkritik legitime Religionskritik? Bahners weist nach, dass „Islamkritik ... die jüngste Gestalt einer Religionskritik ist, deren Mittel und Zweck die Allmacht des Staates ist“ (S. 297). Er argumentiert in vieler Hinsicht ähnlich wie Rawls für einen vernünftigen Pluralismus, also dafür, dass eine demokratische Gesellschaft eben keine Gemeinschaft ist und sein kann, „sofern man unter einer Gemeinschaft eine Gesamtheit von Personen versteht, die eine Einheit bilden, indem sie ein und dieselbe globale – bzw. partiell globale – Lehre bejahen.“ (2)

Die Islamkritik stellt er kritisch dar als System von Sätzen (S. 65). Zu den zentralen Elemente dieses Systems von Sätzen gehören etwa die Unterstellung, der Islam trachte nach Weltheroberung und Weltherrschaft, oder die Auffassung, der Islam sei per se mit dem Grundgesetz, mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren. Es handelt sich dabei um ein geschlossenes System von Sätzen. Denn jede gegenteilige Beteuerung von Muslimen, jedes Bekenntnis zu den Menschenrechten, zu Demokratie usw., bestätigt nur das wirkungsvollste aller Vorurteile, die fixe Idee der Islamkritik, die „Taqiyya“. Eigentlich ein Sonderfall der islamischen Überlieferung, der zufolge ein Muslim in unmittelbarer Lebensgefahr seine Religion verleugnen darf, machen die Islamkritiker aus der „Taqiyya“ das

Grundprinzip des Islam, „Ungläubige“ über die wahren Absichten täuschen zu dürfen. „Niemand kann sicher sein, dass Muslime sich bei einem Versprechen innerlich nicht gerade das Gegenteil dessen vornehmen, was sie laut aussprechen“, kritisiert Bahners diese fixe Idee: „jede Wahrhaftigkeit des Verkehrs ist zerstört.“ (S. 220)

Bahners seziert die Entzivilisierung, die die Islamkritik betreibt, Sarrazin etwa mit seiner rüden Herabsetzung und öffentlich zur Schau getragenen Verachtung von Migranten, oder Sloterdijk, der mit seiner Ideologie von Leistungsträgern und seiner Forderung, endlich den „Leistungsträgerkern“ zu würdigen, die Begründung für Forderungen liefert, den unter den Generalverdacht der „Integrationsunwilligkeit“ gestellten Muslimen staatliche Mittel zu streichen usw.

Die Auswirkungen der Islamkritik sind weitreichend. Das „Kalkül der Grenzüberschreitung“, das mit dem „Rausch der Entgrenzung“ zusammentrifft, „dem Erlebnis, endlich einmal ausgesprochen zu hören, was angeblich sonst niemand zu sagen wagt“, die Kultur des Verdachts, die mit der fixen Idee der „Taqiyya“ erzeugt wird, das alles zerstört die Alltagsvernunft (S. 213 ff.). Bahners zeigt die Auswirkungen der Stimmungsmache an vielen Beispielen, am baden-württembergischen „Muslim-Test“ etwa, an trotz Widerlegung hartnäckigen Gerüchten, anhand einer „Studie“ des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen: Sein Leiter Christian Pfeiffer hatte mit unwissenschaftlichen Methoden den „Beweis“ zu erbringen versucht, dass die Gewaltbereitschaft junger Muslime mit ihrer Religiosität steige, um damit die These vom gewalttätigen Islam zu stützen.

Dem Kapitel 6, das von der Zerstörung der Alltagsvernunft handelt, hat Bahners die Oberzeile „Aussichten auf

den Bürgerkrieg“ gegeben. Tatsächlich unterhöhlt die Freund-Feind unterscheidende Weltsicht der Islamkritik die Grundlagen der pluralistischen Gesellschaft, die auf Aushandlungsprozesse angewiesen ist. Sie hat im Sinne Carl Schmitts längst entschieden, dass „das Anderssein des Fremden im konkret vorliegenden Konfliktfalle die Negation der eigenen Art Existenz bedeutet und deshalb abgewehrt oder bekämpft wird, um die eigene, seinsmäßige Art von Leben zu bewahren“. (3)

Bahners erinnert am Ende seiner kritischen Auseinandersetzung mit der Islamkritik an den sogenannten Berliner Antisemitismusstreit und an den Historiker Heinrich von Treitschke, er einen Aufsatz zur „Judenfrage“ so beendete: „Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf, unter Männern, die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuts von sich weisen würden, ertönt es heute wie aus einem Munde: Die Juden sind unser Unglück.“ Was er damit gewollt habe, fragte ihn daraufhin öffentlich sein Fakultätskollege, der Althistoriker Theodor Mommsen. Die auf seinen Aufsatz folgende Welle des Antisemitismus vielleicht nicht – „Und wenn nicht, was dann?“ Was wollen, fragt Bahners, die Islamkritiker, die die Parole vom Islam als unserem Problem lancieren? Sie können wohl kaum glauben, dass die Muslime deutscher Nationalität vom Glauben abfallen. „Aber wenn nicht – was dann?“

Christiane Schneider

Patrick Bahners, Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam. Eine Streitschrift, München 2011

Weitere Quellenangaben:

1 www.zeit.de/2011/08/Interview-Bahners

2 John Rawls, Gerechtigkeit als Fairness, Ein Neuentwurf, Frankfurt 2003, S. 22

3 Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, 8. Auflage Berlin 2009, S. 26

Leseempfehlung 3

Arjun Appadurai: Geographie des Zorns

Das Thema von Arjun Appadurais Arbeit, die 2006 in den USA unter dem Titel „Fear of Small Numbers. An Essay of the Geography of Anger“ erschienen ist, bildet das Spannungsfeld zwischen ethnisierter Gewalt auf der einen Seite und der Krise des Nationalstaats zu Zeiten der Hochglobalisierung auf der anderen Seite. Der indischstämmige und in den USA lehrende Ethnologe bezeichnet dabei die „neunziger Jahre als ein Jahrzehnt extremer Gewalt, eine Zeit die in vielen Gesellschaften gekennzeichnet war durch die stete Zunahme von Bürgerkriegen und urbaner Gewalt als Teil des alltäglichen

Lebens.“ Beispiele hierfür sind etwa die Genozide in Jugoslawien und Ruanda, oder auch ethnisierte Gewalt zwischen Muslimen und Hindus in Indien, immer wieder Anknüpfungspunkte Appadurais.

Wesentliche Ursachen dieses Phänomens sieht Appadurai in spannungsgeladenen Entwicklungen der Globalisierung. Eine in den neunziger Jahren aufkommende Globalisierungsideologie ging mit einem Bündel von ineinandergreifenden Dogmen einher:

„Lehren über offene Märkte und freien Handel, über die Verbreitung demokratischer Institutionen und die

weitreichenden Möglichkeiten, die das Internet (und verwandte Technologien) angeblich bieten, um Ungleichheit – in Gesellschaften wie auch zwischen Gesellschaften – zu verringern und noch in den ärmsten Ländern mehr Raum für Freiheit, Transparenz und verantwortungsbewusste Regierungsführung zu schaffen.“ [S. 14]

Diese Globalisierungsdogmen stoßen auf eines der Grundkonzepte des modernen Nationalstaats mit seinen kollektiven Identitäten: der nationalen Ethnos, die Vorstellung von einer ethnisch-kulturell geschlossenen Gruppe, die den Nationalstaat ausfülle. Diese

Vorstellung vom nationalen Ethnos als Grundkonzept des Nationalstaates ist mit philosophischen und ethnologischen Autor_innen wie Hannah Arendt, Mary Douglas oder Benedict Anderson verbunden.

Zu diesem nationalen Grundkonzept tritt in der hochglobalisierenden Gesellschaft laut Appadurai ein vielgestaltiges Konzept der sozialen Verunsicherung hinzu. In globalisierten Gesellschaften entstehen „tiefsitzende Zweifel darüber, wer eigentlich zu ‚uns‘ und wer zu ‚den Anderen‘ gehört“ – eine Entwicklung, die mit dem tragenden Grundkonzept nationalen Ethnos in Spannungsfeld tritt.

Das hänge laut Appadurai damit zusammen, dass einige fundamentale Grundprinzipien des Nationalstaats in der Hochglobalisierung zunehmend ins Wanken geraten:

„Die Vorstellung eines souveränen Territoriums mit festen Grenzen, die Überzeugung, man könne Bevölkerungen problemlos kontrollieren und zählen, und damit auch das Vertrauen in die Zuverlässigkeit von Volkszählungen, ganz allgemein also die Idee stabiler und transparenter Kategorien. Vor allem die Gewissheit, daß unverwechselbare, einzigartige Völker aus klar abgegrenzten nationalen Territorien stammen und diese kontrollieren.“ [S. 17]

In diesem Spannungskonflikt zwischen nationalen Ethnos und sozialer Verunsicherung können Gewaltausbrüche gegen die ‚Anderen‘ als „Vergemeinschaftungsübung“ verstanden werden, ein Begriff den Philip Gourevitch in seinem Buch über den Völkermord Ruanda prägt. „Wo eine oder mehrere dieser Formen sozialer Verunsicherung ins Spiel kommen, kann Gewalt eine makabere Form von Sicherheit schaffen und als brutale Technik der Erkenntnis (als ein forensisches Verfahren, das sozusagen auf ein ganzes Volk angewendet wird) über ‚die Anderen‘ und auch über ‚uns‘ eingesetzt werden.“ [S. 18]

In seinem fünften Kapitel führt Appadurai aus, dass auch liberale Gesellschaften mit demokratischen oder Mischverfassungen anfällig für solche Formen ethnischer Gewalt sind, wie er am Beispiel von Gewalt zwischen Hindus und Muslimen in Appadurais Heimatstadt Mumbai illustriert. Dies „hat offenbar viel mit der seltsamen inneren Reziprozität zweier Kategorien der liberalen Gesellschaftstheorie zu tun: der von ‚Mehrheit‘ und ‚Minderheit‘ nämlich.“ Hierbei bringt er unter anderem auch Sigmund Freuds Konzept der „kleinen Unterschiede“ ins Spiel. Nach Appadurai ist es jene „Angst vor der Unvollständigkeit“, die zu ethnischer Gewalt beitragen könne. Die zahlenmäßige Mehrheit sei es, die durch die – auch noch so kleine – zah-

lenmäßige Minderheit, daran erinnert werde, dass ihr nationaler Ethnos eben noch unrein ist, nicht vollständig den Nationalstaat ausfülle.

Diese Ethnisierung des Nationalstaatsverständnisses, die immer schon tragendes Konzept des Nationalstaatsgedanken gewesen sei, erhalte durch die Hochglobalisierung noch einmal eine besondere Schärfe:

„Da die Fiktion der ‚Volkswirtschaft‘, die zu Zeiten starker sozialistischer Staaten und Planwirtschaften noch eine gewisse Plausibilität besaß, fast vollständig zerstoßen ist, bleibt heute eigentlich nur noch das Feld der Kultur übrig, um Phantasien der Reinheit, der Authentizität, der Grenzen und der Sicherheit auszuleben. [...] So wurde der Nationalstaat in vielen Gegenden der Welt allmählich auf die Fiktion des Ethnos reduziert, die sich nun als die letzte kulturelle Bastion erweist, über die er uneingeschränkt gebieten kann.“ [S. 37]

Vordem Hintergrund dieses Problem-aufisses macht sich Appadurai im Anschluss daran, zwei widerstreitende Phänomene zu beleuchten: den internationalen Terrorismus auf der einen und die transnationalen Graswurzelbewegungen auf der anderen Seite.

Wichtig ist hierbei Appadurais Konzept von vertebralen und zellularen sozialen Strukturen. Erstere sind die der klassischen Nationalstaaten, die sich in einer internationalen Gemeinschaft in einem System gegenseitiger Abhängigkeit befinden. Appadurai stellt die These auf, dass sich kapitalistische Strukturen mit zunehmender Flexibilität von Kapitel gerade auch zunehmend zellulär organisieren, also autonom, ortsungebunden und dezentral.

„Der gegenwärtige Zustand der globalen Unternehmen und der Märkte, in denen sie operieren, lässt sich in mehr als einer Hinsicht als schizophren bezeichnen. Einerseits weist er nämlich die vertebralen Eigenschaften des nationalstaatlichen Systems auf, auf die er auch angewiesen ist, andererseits dient er als Laboratorium für neue Formen der Zellförmigkeit, der Entkopplung und der lokalen Autonomie.“ [S. 42]

Diese Tatsache bringe auch verschiedene Formen von transnationaler Solidarität hervor, die sich in zellulär organisierten Gruppen äußere, die wirtschaftliche, soziale, ethnische oder religiöse Kämpfe über nichtnationale Ordnungsrahmen (z.B. das Internet) organisieren – so unterschiedliche Organisationen wie Graswurzelbewegungen und internationale Terrorgruppen.

Alle diese Überlegungen bringen Appadurai zu seiner zentralen These von der Geographie des Zorns:

„Meine Darstellung der Geographie des Zorns soll zwei Argumenten dienen: Zum einen, dass in einer Welt,



http://en.wikipedia.org/wiki/Arjun_Appadurai

die von globalen Verbindungen und Spannungen zwischen zellularen und vertebralen Politikformen gekennzeichnet ist, Regionen, Nationen und Städte mehrdimensionale, vielfach gebrochene Kopien größerer Kämpfe hervorbringen können. So kehren etwa die Spannungen zwischen Indien und Pakistan auf unterschiedlichen Ebenen wieder: der globalen, der nationalen, der regionalen und der kommunalen. Auf allen diesen Ebenen spielen die Charaktere des Terroristen, der reinen Nation, des maskierten Verräters und des verborgenen Feindes tragenden Rolle.“ [S. 118 f.]

Arjun Appadurai steht stellvertretend für eine neuere Generation postkolonialer Autoren, die den klassischen Bestand des „Postcolonial Theory“ um Fragen transnationaler Bewegungen erweitert. Hierbei bewegt er sich auf einem Feld, bei dem noch viele unklar ist. Appadurai versucht auch – wie der Buchtitel schon andeutet –, ethnologisch-kulturwissenschaftliche Ansätze mit Raumtheorien zu verbinden; ein Ansatz, der momentan – nicht zu unrecht – sehr in Mode ist.

Sein nüchternes Bild von den Grundkonzepten des Nationalstaats, seine schonungslose Analyse der Verknüpfung von Entwicklungstendenzen des globalen Kapitalismus und ethnischen Konflikten machen das Buch so lesenswert. Auf die platte Parole, kulturelle Konflikte seien lediglich wirtschaftliche Konflikte im ethnisch-religiösen Deckmantel, lässt Appadurai sich nicht ein, wenngleich er ganz nah an der Analyse der wirtschaftlichen Grundlagen von Konflikten bleibt. Er bietet vielmehr ein sehr differenziertes Bild der Ursachen ethnischer Gewalt und Minderheitenkonflikten an, und zwingt uns, alteingesessene Bilder internationaler Konflikte in Frage zu stellen.

Jonas Bens

Appadurai, Arjun
Die Geographie des Zorns, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main, 2009
12.00 Euro
[Originalausgabe: Fear of Small Numbers. An Essay on the Geographie of Anger, Duke University Press, 2006]

Inhalt

Aktuelle Meldungen

Ein bürokratisches Monstrum! • EU-Ausschuss verabschiedet Plattform gegen Armut • Gleiche Rechte für ausländische Arbeitnehmer • EU-Verkehrsfahrplan 2050 • Zivile Entwicklung in Ägypten • Bürgerkrieg in Libyen

Baden-Württemberg wählt grün-rote Mehrheit in den Landtag, aber nicht die Linke

Volksentscheid – ohne CDU geht nichts

Merkels Wende

Risikoabschätzung, wie geht das und was ändert sich durch Fukushima? Risikoabwägung, eine Wissenschaft

Auslandsnachrichten

GB: Kampagne für Praktikantenrecht gestartet • Brasilien: Wortbruch vorgeworfen • Streit mit Kraft Foods Europe • Ernährungssicherheit statt „Bio“sprit • EU-Parlament stimmt für Finanztransaktionssteuer • IAO: Kampf für Hausangestellte • Südafrikanischer Gewerkschaftsaktivist ermordet

Aktionen ... Initiativen

Höchste humanitäre Auszeichnung geht an Handicap International • Kampagne gegen diskriminierende Flüchtlingsgesetze • Kinderrechte in Deutschland – noch nicht für alle! • UN-Millenniumkampagne in Deutschland endet Mitte 2011 • VENRO: Aktion zum Haushalt 2012 • Mehr Demokratie begrüßt SPD-Beschluss für Volksentscheide • Politischer Wille für Abzug der US-Atomwaffen vorhanden • 250 000 Demonstranten fordern „Alle AKWs abschalten, Frau Merkel!“ • Klimawandel bedroht Kinderrecht auf gesundes Leben

Komplizierte Debatte um kommunalen Finanzausgleich

Warum muss die Stadt elitäre Krippe fördern?

Kommunale Politik

„Neues Beteiligungsmodell“ ist eine Mogelpackung: Freiburg • SPD entsorgt eigene Geschichte: Hannover • Keine Wohnungsnot? Linke kritisiert SPD-Bausenatorin. Hamburg • Linke macht Vorschlag wie Hol-System eingeführt werden kann: Braunschweig • Sieg der Vernunft!? Jetzt muss ein Mietvertrag her! Köln • Leistungserhöhung bei Hartz-4 ignoriert: Bonn • Mehr Transparenz und mehr Frauen bei städtischen Unternehmen: Bochum • Ja zur Sanierung der Berufsschulen, Nein zum ÖPP-Vertrag! Kiel

München: Antrag „Stärkere Bürgerrechte statt willkürliche Extremismusklausel!“

IG Metall Position zur Atomkraft und zur Energiepolitik

Wirtschaftspresse

Tamim Ansary: „Die unbekannte Mitte der Welt – Globalgeschichte aus islamischer Sicht“

Die Panikmacher – eine Streitschrift gegen antiislamische Glaubenskrieger

Arjun Appadurai: Geographie des Zorns

Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 16 und 17. April in Köln

Termin: 16.17. April, Samstag von 13 bis ca. 18 Uhr, Sonntag von 9 bis 12 Uhr.

Tagung: Landschaftsverband Rheinland, Horionhaus, Mindener Str., Köln-Deutz, wenige Minuten vom Bahnhof Köln-Messe/Deutz.

Samstag, 14.30 Uhr als gemeinsame Veranstaltung mit dem Forum demokratischer Sozialisten (fds) NRW: „Wirtschaftseinrichtungen der öffentlichen Hand – Möglichkeiten der demokratischen Steuerung“, **Referat: Klaus Lederer**, Vorsitzender Die Linke Berlin.

Sonntag, 9 bis 12 Uhr: „Europäische Wirtschaftsregierung – eine Perspektive?“ Mit *Elisabeth Gauthier* (Direktorin der linken französischen Stiftung „Espaces Marx“, Mitbegründerin des europäischen Netzwerkes Transform und Mitglied im Nationalkomitee der KPF) und *Jürgen Klute* (Europaabgeordneter der Linken, aus Herne, NRW, www.juergen-klute.eu).

Sommerschule der Linke ArGe „Konkrete Demokratie – soziale Befreiung vom 16. bis 18. August in Erfurt

Kurs Philosophie: Der Arbeitstitel lautet: „Aspekte sozialer und gesellschaftlicher Umbrüche aufgrund computervermittelter Netzwerke und Kommunikationsprozesse“.

AG Internationale Politik: Im Rundschreiben der ArGe vom November 2010 hatte die AG Internationale Politik „Themenschwerpunkte der Diskussion und für die weitere Arbeit am Thema EU“ veröffentlicht. Zwei Hauptschwerpunkte darunter waren: Analyse der Entwicklung und der aktuellen deutschen Politik zu den „drei Säulen“ der EU (Europäische Gemeinschaft, „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“, „Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit“). EU, Strategiediskussion nach dem Verfassungsgerichtsurteil – wie positioniert sich die Linke? Beide Themen wird die AG in der Sommerschule weiter bearbeiten.

Kurs Wirtschaft. Allmendegüter: Die Nutzung öffentlicher Güter im Widerstreit von Gruppeninteressen.

Anmeldung / Informationen: Die Sommerschule findet von Donnerstag bis Sonntag, 18. bis 21. August 2011, in Erfurt statt. Beginn ist am Donnerstag um 14 Uhr, Ende am Sonntag ca. 12 Uhr. Die ArGe-Mitgliederversammlung findet voraussichtlich am Freitagabend, 19. August, 19 Uhr, statt.

Wir tagen wieder in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 3 Minuten Fußweg auseinander.

Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.

Bahn: Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-Zentrum, -Waltersleben, dann in Richtung Erfurt, in Erfurt Richtung Innenstadt fahren (bis Kreuzung Kaffeetrichter), dort links abbiegen, über die Schillerstraße (B 4 und B 7), in der Pförtchenstraße links abbiegen, nach ca. 400 m befindet sich die JH auf der linken Straßenseite auf Ausschilderung JH achten).

Die Kosten für Ü/F betragen 26,00 Euro + 1 Euro Kurtaxe pro Person.

Bettwäsche ist vorhanden, bitte Handtücher mitbringen.

Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben.

Wir sind als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Anmeldungen sind deshalb nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805 möglich.

Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden.

Ausführlicher zu den Themen und zum Organisatorischen siehe Arge Rundbrief Nr. 7, Beilage zu Politischen Berichte Nr. 3, März 2011.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 5. Mai 2011.

Redaktionsschluss: Freitag, 29. April.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 5. Mai, 2. Juni, 30. Juni, 27. Juli.